



Istituto Italiano di  
**STUDI GERMANICI**

# Osservatorio **SICIT**

Osservatorio sullo Stato dell'Informazione della Comunicazione Italo-Tedesca  
Beobachter zum deutsch-italienischen Informations- und Kommunikationsstand

Herausgeber: Luca Crescenzi

Koordinierung: Angelo Bolaffi, Elisa D'Annibale, Aldo Venturelli

Umsetzung: Paolo Aranha, Diana Battisti, Lorenzo Bonosi,  
Michela Cilenti

**13**<sub>20</sub>**24**

**SICIT**

Osservatorio sullo Stato dell'Informazione e della Comunicazione Italo-Tedesca  
Beobachter zum deutsch-italienischen Informations- und Kommunikationsstand

Herausgeber:  
Luca Crescenzi

Koordinierung:  
Angelo Bolaffi  
Elisa D'Annibale  
Aldo Venturelli

Umsetzung:  
Paolo Aranha  
Diana Battisti  
Michela Cilenti  
Lorenzo Bonosi

Übersetzungen:  
Sabine Schild-Vitale

Redaktion:  
Ilaria Baldini  
Luisa Giannandrea

**S I C I T**

**Osservatorio  
sullo Stato dell'Informazione e della  
Comunicazione Italo-Tedesca**

**Beobachter zum  
deutsch-italienischen Informations-  
und Kommunikationsstand**

**13 | 2024**



Istituto Italiano di  
**STUDI GERMANICI**

---



## INHALT

- 7 Italienische Politik. TeleMeloni, G7 und albanische Hotspots (deutsche Presse)
- 13 Deutsche Politik. Deutschland in der Krise, CDU, AfD, Angela Merkel (italienische Presse)
- 21 Internationale Beziehungen. Russland, Naher Osten, China (italienische Presse)
- 35 Wirtschaft und Finanzen (deutsche Presse)
- 47 Wirtschaft und Finanzen (italienische Presse)
- 57 Umwelt und *green economy* (deutsche und österreichische Presse)
- 61 Umwelt und *green economy* (italienische Presse)
- 67 Kultur und Gesellschaft (deutsche Presse)
- 69 Kultur und Gesellschaft (italienische Presse)
- 73 Katholische Kirche und der Vatikan (deutsche Presse)



# ITALIENISCHE POLITIK. TELEMELONI, G7 UND ALBANISCHE HOTSPOTS

(DEUTSCHE PRESSE)

In den vier Monaten zwischen Mai und August richtete die deutsche Presse ihr Augenmerk auf das Vorgehen der italienischen Regierung, insbesondere in Bezug auf die Migrationspolitik und die daraus resultierenden Abkommen zwischen Rom und Tirana, die (tatsächliche oder angebliche) Zensur des staatlichen Fernsehens und die internationale Politik.

Bereits Ende April löste der Fall Antonio Scurati eine Debatte unter deutschen Kommentatoren aus: Nach der Streichung eines Monologs über den vergangenen und gegenwärtigen Faschismus aus dem RAI-Palimpsest warfen in Italien die Opposition und zahlreiche Journalisten der Regierung eine präventive Zensur vor. Einige deutsche Zeitungen wie die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» berichteten über die Affäre und erinnerten daran, wie Scurati zuvor Elemente der Kontinuität zwischen Giorgia Melonis politischer Identität und dem Faschismus hervorgehoben hatte. Ohne den Fall zu kommentieren, schließt der Artikel mit einem Zitat in deutscher Übersetzung der offenen Frage, die der Medienexperte der Premierministerin stellte: «Ist das der Preis, den Sie diejenigen zahlen lassen wollen, die Ihre Gedanken äußern?» (M. Rüb, *Zensurvorwürfe gegen Italiens öffentlich-rechtliches Fernsehen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 22. April 2024 [PDF](#)). Auch Dominik Straub widmet dem Fall am selben Tag einen langen Artikel in der «Frankfurter Rundschau»: In diesem Fall betont der Autor, dass Meloni sich selbst als Opfer der Zensur durch die Linken fühlt und die Rollen verkehrt. In diesem Artikel wird auch erwähnt, dass die Ministerpräsidentin eine soziale Plattform nutzte, um den vollständigen Text von Scuratis Rede zu verbreiten, als halb Italien ihn ohnehin schon gelesen

hatte, in einem *coup de théâtre*, der als etwas *larmoyant* bezeichnet wurde, wobei für den Kommentator offensichtlich ist, wie sehr das Wort 'Antifaschismus' im politischen Lexikon von Meloni und ihrer Partei fremd, wenn nicht gar unverdaulich bleibt (D. Straub, *Sender lädt Meloni-Kritiker aus*, in «Frankfurter Rundschau», 22. April 2024 [PDF](#)). Auch die «Süddeutsche Zeitung» hat die Angelegenheit mit weiteren Beiträgen befeuert, die neben dem bereits erwähnten Scurati, dessen Profil ebenfalls kurz skizziert wird, und Saviano, auf den wir im Abschnitt über Kultur zurückkommen werden, auch den Fall des Philologen Luciano Canfora erwähnen, gegen den ein Verfahren wegen schwerer Verleumdung der Premierministerin läuft. Aber der vielleicht wichtigste Zusatz betrifft die Äußerungen von Francesco Lollobrigida, die von einer revisionistischen Haltung gegenüber dem Antifaschismus geprägt sind und darin gipfeln, dass politische Aktivisten, die sich offen auf die Werte und die Identität der 'Antifa' berufen, mit Terroristen gleichgesetzt werden (M. Beise, *Zensurversuch*, in «Süddeutsche Zeitung», 23. April 2024 [PDF](#)).

Der Mai begann mit einer Wiederaufnahme dieses Themas, die zuerst von der Wochenzeitung «Der Freitag» lanciert wurde, in der der Begriff *Meloni-TV* auftauchte, eine offensichtliche Abwandlung von 'TeleMeloni', dessen Entstehung im Italienischen antiphrastisch ist: Es war nämlich die Ministerpräsidentin selbst, die sich die negative Bezeichnung, die sie auf ihren sozialen Kanälen erhielt, provokativ auslieh und deren anklagende Bedeutung in dem Versuch umkehrte, das Bild einer RAI, die sich nun völlig der Mehrheitsregierung unterordnet, als *fake news* auszugeben. Der Artikel, der von Georg Seeblen unterzeichnet ist, verweist auf Italien als Modell für ein antidemokratisches Regime, in dem die Stimme der Opposition kaum gehört wird. Der Kommentator nennt als Schlüsselfigur den RAI-Direktor Giampaolo Rossi, einen kulturellen Agitator, der kein Vax und Souveränist ist, ein Fan von Putin und Orbán (G. Seeblen, *Die Macher von Meloni-TV*, in «Der Freitag», 2. Mai 2024 [PDF](#)). Auch der «Focus» hat Antonio Scurati viel Platz eingeräumt und die Rede, die am 25. April ausgestrahlt werden sollte, in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Er bezeichnete den Autor als «Italiens Gewissen» und stellte ihn als einen der führenden Experten für die Geschichte des Ventennio vor (*Das Tabu-Wort*, in «Focus», 3. Mai 2024 [PDF](#)).

Trotz Aufkommen anderer, ebenso heikler Themen, denen sich die deutsche Presse widmet, bleibt die Aufmerksamkeit für die italienischen Medien und das Problem der Pressefreiheit hoch: Im Juli erschienen zwei Artikel, der erste in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» und zwei Wochen später ein weiterer in der «Frankfurter Rundschau», in denen die Autoren, Matthias Rüb bzw. Dominik Straub, einige Aspekte der Debatte über die Pressefreiheit in Italien analysierten. Im ersten Fall berichtet der Journalist über die Kontroverse infolge der mangelnden Sichtbarkeit des Wahltriumphs der Neuen Volksfront in Frankreich auf den RAI-Kanälen, während sich die Analyse im zweiten Fall, obwohl sie von einer präzisen Bezugnahme auf dieselbe Lücke bezüglich des Sieges der französischen Linken auf den RAI-Kanälen ausgeht, eher auf die Beziehungen zwischen dem Premierminister und den italienischen Journalisten konzentriert, die von ständigen Spannungen geprägt sind, wobei jedoch einige wichtige Unterscheidungen getroffen werden: So habe der Fall der italienischen Journalistin Giulia Cortese, die wegen zweier diffamierender Tweets gegen den Premierminister wegen *bodyshaming* angeklagt und verurteilt wurde, nichts mit der Pressefreiheit zu tun. Beide Artikel berichten zwar ausführlich über die wichtigsten Fakten, die in der italienischen Presse im Zusammenhang mit den Spannungen zwischen der Mehrheit und den Medien diskutiert werden, neigen jedoch dazu, das Ausmaß des Phänomens herunterzuspielen, indem sie daran erinnern, dass jeder Regierungswechsel in Italien eine Anpassung der Führungskader in der RAI und eine grundlegende mehr oder weniger regierungsfreundliche Ausrichtung des öffentlichen Informationsdienstes zur Folge hatte (M. Rüb, *Sendepause am Wahlabend*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 12. Juli 2024 [PDF](#); D. Straub, *Raues Klima für Medien in Italien*, in «Frankfurter Rundschau», 26. Juli 2024 [PDF](#)).

Hinsichtlich der außenpolitischen Entscheidungen der Regierung Meloni konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Medien in Deutschland auf zwei große Themen: den G7-Gipfel und die beiden Hotspots für Migranten gemäß den Vereinbarungen zwischen Rom und Tirana, die bereits im Frühjahr diskutiert worden waren. Was den G7-Gipfel in Apulien anbelangt, so wurde zwischen Mitte Juni und Mitte Juli in mehreren Artikeln der

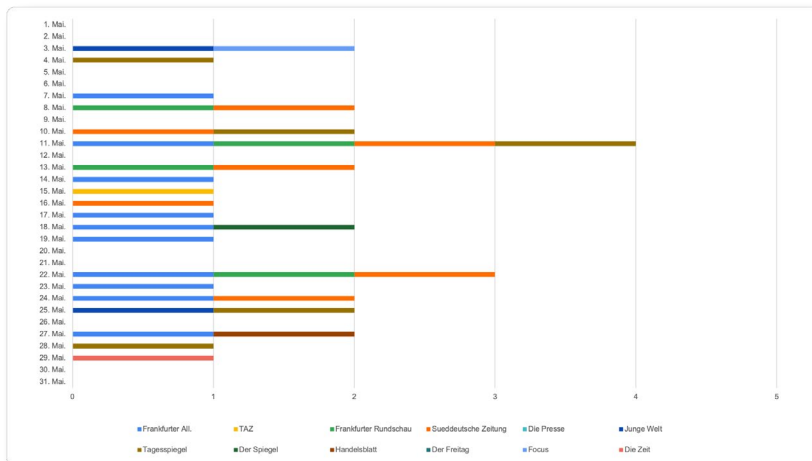
Umgang von Giorgia Meloni mit dem Gipfel in Borgo Egnazia mehr oder weniger kritisch analysiert. So unterstreicht Dominik Straub den Kontrast zwischen der akribischen Aufmerksamkeit der 'Gastgeberin' für jedes Detail des Empfangs, selbst bei der Wahl des 'Blumenschmucks', und der scheinbaren Nonchalance und Vagheit, mit der die amtierende G7-Präsidentin das Abschlusskommuniqué des Gipfels präsentierte, in dem das Wort 'Abtreibung' nicht vorkam, und damit vor allem mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und den Delegationen aus Kanada und den Vereinigten Staaten kollidierte (D. Straub, *Die Misstöne der Giorgia Meloni*, in «Frankfurter Rundschau», 14. Juni 2024 [PDF](#)). Andrea Dernbach beleuchtet in einem Interview mit Nicoletta Pirozzi, Leiterin der Abteilung für institutionelle Beziehungen am Istituto Affari Internazionali, ein weiteres Szenario, das auf komplexe und heikle Weise mit der G7 zusammentrifft: das Treffen in Apulien als mögliche Kulisse für einen Plan B für den Fall, dass Ursula von der Leyen nicht wiedergewählt wird, wobei sie sich mögliche Gesprächspartner vorstellt, die bereit sind, weiter nach rechts zu schauen. In der Zwischenzeit, am 18. Juli 2024, wurde von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission bestätigt, aber der Artikel beleuchtet die Arbeit der Spitzenpolitikerin auch als wichtigen Moment der Konzertierung mit Blick auf Brüssel. In dieser Passage liest die deutsche Presse die Beziehung zwischen Meloni und von der Leyen als freundschaftlich, aber lauwarm, zumindest scheinbar distanziert, gerade in den Tagen des G7-Gipfels, denn für von der Leyen wäre es bequemer gewesen, eine Art 'Sicherheitsabstand' zu ihrem italienischen Kollegen zu halten, um ein Bild der Mitte gegenüber ihrer eigenen Partei zu wahren (A. Dernbach, *Posten-Gerangel in der EU*, in «Der Tagesspiegel», 14. Juni 2024 [PDF](#)). Dernbach selbst kommt in einem Artikel am folgenden Tag auf den G7-Gipfel zurück. Diesmal konzentriert sich ihre Analyse auf die Diskrepanz zwischen Show und Substanz des Gipfels, der in der Nähe von Fasano stattfand, einer Gegend, die die Kommentatorin als ärmliche, aber prächtige Kulisse definiert, ein «prächtiger Rahmen», der von der Kulisse zum wahren Inhalt der Veranstaltung wurde, irgendwo zwischen einem Familientreffen und einer Hochzeit im italienischen Stil, komplett mit jahrhundertealten Olivenbäumen, um das Bild des

Ferienkatalogs zu vervollständigen. Hinter dieser Fassade jedoch, so die Analyse der deutschen Zeitung, würde einmal mehr das Gespenst des zurückkehrenden Faschismus und der programmatischen Zerstörung der italienischen Demokratie auftauchen, mit präzisen Hinweisen auf die höchst umstrittene Reform des Premierministeriums (A. Dernbach, *Meloni inszeniert sich beim G7-Gipfel*, in «Der Tagesspiegel», 15. Juni 2024 [PDF](#)). Einen Monat nach dem Gipfel in Apulien ist die Presse in Deutschland zurück in der G7: am 16-17. Juli 2024 fand in Villa San Giovanni und Reggio Calabria das Treffen der Handelsminister unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, Antonio Tajani, statt, an dem u.a. Robert Habeck teilnahm, der in einem Artikel von Marc Beise als Verfechter des freien Marktes in Zeiten universeller protektionistischer Tendenzen dargestellt wird (M. Beise, *Nur noch kurz die Welt retten*, in «Süddeutsche Zeitung», 18. Juli 2024 [PDF](#)).

Ein weiteres aktuelles Thema von deutschem Interesse war das am 6. November 2023 in Rom unterzeichnete Protokoll zwischen der Regierung der Italienischen Republik und dem Ministerrat der Republik Albanien zur Stärkung der Zusammenarbeit in Migrationsfragen. Zu dem auf fünf Jahre angelegten Abkommen, mit dem Albanien Italien das Recht zugesteht, bestimmte Hoheitsgebiete für die Durchführung von Grenz- und Rückführungsmaßnahmen zu nutzen - die Rede ist von etwa 36.000 Migrant\*innen pro Jahr -, äußert sich die deutsche Presse in eher kritischen Tönen, etwa in der Wochenzeitung «der Freitag», in der daran erinnert wird, dass Meloni einen politischen Erfolg erzielt hat, indem sie ihren Wählern versprochen hat, eine Sicherheitsoffensive durchzuführen. Das albanisch-italienische Abkommen würde bewusst eine entscheidende Frage des europäischen Völkerrechts offen lassen: Was geschieht mit abgelehnten Asylbewerber\*innen? Der so genannte *Albanien-Deal* wird von einigen Experten als Bluff, als falsche Abschreckung gegen die Migration angesehen: Das erste Aufnahmезentrum in Shëngjin, ein Zentrum, das für die Identifizierungs- und Registrierungsverfahren von Migrant\*innen bestimmt ist, die von der italienischen Marine, der Küstenwache und der Guardia di Finanza in internationalen Gewässern gerettet wurden, wird als

ein Badeort beschrieben, der auf der einen Seite von Schmutz und Moskitos und auf der anderen Seite von *Pentastelite-Resorts* mit Swimmingpools und Sonnenschirmen umgeben ist (M. Leidenfrost, *Vor Giorgia Melonis albanischem Lager*, in «der Freitag», 13. Juni 2024 [PDF](#)). «Der Spiegel» berichtete im Juli erneut über das «Mini-Guantanamo» auf dem Balkan für Migranten aus als sicher geltenden Ländern (insgesamt 21, darunter Bangladesch, Ägypten, die Elfenbeinküste und Tunesien), wobei besonders schutzbedürftige Gruppen wie Frauen, Minderjährige und ältere Menschen ausgeschlossen werden, bezweifelt den Vorbildcharakter der melonischen Lösung im Hinblick auf die europäische Migrationspolitik und weist auf die kritischen Fragen im Zusammenhang mit dem Einfluss der lokalen Oligarchen und dem Gewicht der Korruption hin, wobei er sich vorstellt, dass albanische Bosse des organisierten Verbrechens die Situation ausnutzen könnten, um kostenlos Arbeitskräfte unter den potenziellen Flüchtlingen anzuwerben, im Austausch für ein wenig Hilfe bei der Flucht aus dem *Hotspot* (F.Hornig, *Melonis Lager*, in «Der Spiegel», 20. Juli 2024 [PDF](#)).

ITALIENISCHE POLITIK - DEUTSCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Monat Mai 2024 und berücksichtigt alle in der deutschen Presse veröffentlichten Artikel zur italienischen Politik.

DEUTSCHE POLITIK.  
DEUTSCHLAND IN DER KRISE, CDU, AfD,  
ANGELA MERKEL

(ITALIENISCHE PRESSE)

In den italienischen Medien wurde in diesem Quartal ein Deutschland «in der Identitätskrise» porträtiert, schwach und «erschöpft», eingeklemmt zwischen dem Vormarsch extremistischer und systemfeindlicher Kräfte, der wirtschaftlichen Rezession, Mängeln im nationalen Sicherheitssystem und sich vertiefenden Spaltungen innerhalb der Regierungsmehrheit (A. Mauro, *Piero Benassi: «La Germania è in crisi identitaria, la Francia di Macron ondivaga. L'Ue ha bisogno di una rotta*, in «HuffPost», 10. Mai 2024 [LINK](#)). Wie wir in der letzten Sonderausgabe des «SICIT» zu den Europawahlen gesehen haben, haben die Wahlen eine stark zersplitterte deutsche politische Landschaft voller Unsicherheiten hervorgebracht und die Schwächung Deutschlands innerhalb und außerhalb seiner Grenzen bestätigt. Wenn es, wie wir später sehen werden, außenpolitisch mit einer geminderten Rolle und einem geringeren Gewicht auftritt, ist Deutschland innenpolitisch «nicht mehr das, was es einmal war», schreibt Giardina in «ItaliaOggi» (R. Giardina, *La Germania non è quel che era*, in «ItaliaOggi», 22. Mai 2024 [PDF](#)). Überfordert von einer Welle der Kriminalität, verspäteten Zügen, «nicht arbeitenden»: Fundamentalisten, die auf die Plätze eindringen, Spionageskandale und undichte Stellen bei den Geheimdiensten, Nazi-Aufmärsche, eine Wirtschaft, die um einen Neustart kämpft, eine versuchte militaristische Wende – Deutschland erscheint anders und anders ist nun das Narrativ, das die italienischen Zeitungen, die ihm immer einen Platz der ‘besonderen Beobachtung’ reserviert hatten, daraus machen (u.a. J. Peregò, *La Germania senza miti e identità*, in «l'Adige», 28. Mai 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *Treni tedeschi, addio puntualità. Uno su due è in ritardo*, in «Corriere della Sera», 3. Juli

2024 [PDF](#); M. Calvi, *Il modello Germania è in crisi: natalità in calo del 15% in 2 anni*, in «Avvenire», 23. Juli 2024 [PDF](#); R. Giardina, *I bamboccioni sono in Germania*, in «ItaliaOggi», 25. Juli 2024 [PDF](#)). Einer der Aspekte, der besonders stark und häufig zum Vorschein kommt, ist die gewalttätige Wendung, die die Nachrichten, sowohl die sozialen als auch die politischen, genommen haben. Alle italienischen Zeitungen widmen zahlreiche Artikel den immer häufiger auftretenden Verbrechen und Übergriffen auf politische Kandidaten (siehe beispielsweise J. Perego, *Allarme in Germania per un'ondata di crimini*, in «l'Adige», 16. April 2024 [PDF](#); S. Canetta, *Estrema destra shock. Pestato a Dresda il candidato della SPD*, in «il manifesto», 5. Mai 2024 [PDF](#); V. Savignano, *L'aggressione al deputato del SPD. La pista dell'estremismo di destra*, in «Avvenire», 7. Mai 2024 [PDF](#); N. Boffa, *Una campagna violenta. Nuova aggressione politica in Germania, il dito puntato contro AfD*, in «HuffPost», 8. Mai 2024 [PDF](#); V. Savignano, *Aggredita in strada un'altra politica: paura in Germania*, in «Avvenire», 9. Mai 2024 [PDF](#); F. De Felice, *Berlino, nuove violenze. Le aggressioni politiche scuotono la Germania*, in «il Giornale», 9. Mai 2024 [PDF](#); S. Canetta, *Non si ferma l'ondata di violenza. Aggredita l'ex sindaca SPD di Berlino*, in «il manifesto», 9. Mai 2024 [PDF](#); T. Mastrobuoni, *Europee, a Berlino aggredita l'ex sindaca. «Attacchi in aumento»*, in «la Repubblica», 9. Mai 2024 [PDF](#); S. Canetta, *Crescono i reati politici, in cima l'ultradestra*, in «il manifesto», 22. Mai 2024 [PDF](#); L. Santucci, *Lame e spranghe, la Germania diventa l'avanguardia della violenza politica in Europa*, in «HuffPost», 5. Juni 2024 [PDF](#)). Vor allem rechte und Mitte-Rechts-Zeitungen berichten über Demonstrationen, Veranstaltungen oder Gewalttaten, die mit dem islamischen Extremismus in Verbindung gebracht werden. Sie sprechen auch vom «Eurokalifat» und von Deutschland als der «neuen Provinz des Islamischen Staates», insbesondere nach der Pro-Kalifat-Demonstration in Hamburg, den durchgesickerten Informationen über geplante Hamas-Anschläge auf deutschem Boden und dem Anschlag in Solingen Ende August (C. Brigliadori, *Eurocaliffato*, in «Libero», 24. Mai 2024 [PDF](#); M. Stefanini, *Hamas prepara attentati in Germania a ebrei e USA*, in «Libero», 26. Mai 2024 [PDF](#); G. Cesare, *Hamas in azione in Europa. Sventato attacco a Berlino*, in «il Giornale», 26. Mai 2024 [PDF](#)). Auf Letzteres reagierte die Regierung mit einem harten

Vorgehen gegen die Einwanderung, was die italienische Presse nicht versäumte zu erwähnen (N. Boffa, *Espulsioni rapide e meno profughi. L'attentato a Solingen costringe Scholz sulla rotta di AfD*, in «HuffPost», 26. August 2024 [PDF](#)). Die italienische Presse im Allgemeinen vermittelt jedoch das Bild eines Landes, das «gewalttätig» und «extrem» geworden ist (G. Belardelli, *Islam über alles. Ad Amburgo gli islamisti vogliono il califfato*, in «HuffPost», 29. April 2024 [LINK](#)). Zwischen dem Vormarsch der Ultrarechten und der islamischen Radikalisierung gefangen, spürt Deutschland – schreibt Valensise – «den Wind des Extremismus» (M. Valensise, *Islamisti vs neonazisti. La Germania sente il vento dell'estremismo*, in «HuffPost», 30. April 2024 [PDF](#)). In Bezug auf den ersten Aspekt haben die Ergebnisse der Europawahlen, wie sie im «[SICIT focus](#)» gezeigt wurden, neue politische Szenarien eröffnet. Abgesehen von der Hypothese einer vorgezogenen Wahl gab es in jedem Fall Fragen zu einer möglichen institutionellen Öffnung für extremistische Kräfte angesichts der bei den Wahlen erlangten Legitimität. Diese Wahlen, erklärt Brunelli in «Domani», bestätigen endgültig den Übergang von Scholz' Deutschland von der Hegemonie in die Peripherie, einen «kranken Riesen», dessen Regierung wie ein «Zombie» voranschreitet (R. Brunelli, *Dall'egemonia alla periferia. Scholz e la crisi della Germania*, in «Domani», 14. Juni 2024 [PDF](#)). Im «Corriere», fragt sich Gergolet, ob Scholz jemals irgendeine Chance hatte, ein guter Kanzler zu sein oder ob er nur «ein glückloser Mann oder ein mittelmäßiger Politiker» sei. Die Antwort ist seiner Meinung nach davon abhängig, wie nachsichtig man ist, aber in jedem Fall hat er «die höchste Tugend des großen Nehmers»: Er hat den harten Schlag der Wahlniederlage verkraftet und «den demütigenden Parteiprozess» ertragen, ohne mit der Wimper zu zucken (M. Gergolet, *Scholz, cancelliere depotenziato in un Paese che non lo segue più*, in «Corriere della Sera», 17. Juni 2024 [PDF](#)). Auch Lisa Di Giuseppe schreibt in «Domani», dass «Scholz zwar wankt, aber nicht zurücktreten wird», auch nicht angesichts der harschen Kritik aus seiner Partei (L. Di Giuseppe, *Anche la SPD critiche Scholz. L'ultima chance è il bilancio*, in «Domani», 18. Juni 2024 [PDF](#)). In den großen italienischen Zeitungen ist jedenfalls von einem Land in der Krise die Rede, das von einer Koalition geführt wird, die es nie geschafft hat, in sich selbst Einigkeit zu

zeigen. Die SPD ist verloren, die Grünen verlieren mit ihren extremistischen Positionen zum Krieg und der Energiewende weiter an Zustimmung bei den Wählern, und die Liberalen streiten sich über alles, «bedrohen» weiterhin die Regierung Scholz und bleiben dem Dogma der Schuldenbremse treu. Das Ergebnis ist nach Giardinias Meinung eine Regierungsmehrheit, die eher der italienischen politischen Vorstellung entspricht. In der Tat schreibt er: die Koalitionsparteien «streiten sich wie in Italien» (R. Giardina, *I liberali contro il governo*, in «Italia Oggi», 25. April 2024 [PDF](#); V. Savignano, *Il reddito di cittadinanza tedesco appeso alle divisioni del governo*, in «Avvenire», 28. April 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *I liberali tedeschi «minacciano» il governo Scholz*, in «Corriere della Sera», 29. April 2024 [PDF](#); R. Giardina, *La crisi della socialdemocrazia*, in «Italia Oggi», 29. August 2024 [PDF](#); si veda anche W. Hübner, *La crisi della Sinistra tedesca*, in «il manifesto», 20. August 2024 [PDF](#), ursprünglich in «Neues Deutschland» veröffentlicht).

Die italienische Presse konzentrierte sich weiterhin auf die christdemokratische Führung unter Merz und die AfD. Was erstere betrifft, so wurde ein entscheidender Rechtsruck der CDU festgestellt. Merz hat sich, wie wir in früheren Ausgaben von «SICIT» gesehen haben, sofort von Angela Merkel distanziert und sie an verschiedenen Stellen offen kritisiert, indem er vor allem die geopolitischen und geostrategischen Implikationen der letzten zwei Jahre ausnutzte, welche die von der ehemaligen Kanzlerin skizzierte Festigkeit des deutschen Systems auf eine harte Probe gestellt haben. Mit Blick auf die Wahlen im nächsten Jahr hat Merz daher, auch aufgrund des Vormarschs der extremen Rechten, einen Transformationsprozess der Partei oder besser gesagt eine Rückkehr zu ihren konservativen Ursprüngen eingeleitet, indem er die Merkel'sche Parteiführung als «etwas zu links» ansieht und sich entschieden nach rechts bewegt. Insbesondere in Bezug auf die Migrationsfrage und die Sicherheitspolitik (M. Gergolet, *Il ritorno del «vecchio» Merz che prenota la Cancelleria tedesca*, in «Corriere della Sera», 7. Mai 2024 [PDF](#); S. Giraldo, *Effetto AfD: ora la CDU riscopre l'orgoglio di essere conservatori*, in «La Verità», 8. Mai 2024 [PDF](#)). Im «manifesto» stellt Bascetta erhebliche Unterschiede zwischen der heutigen CDU und Merkels Deutschland fest. So drängen Merz' Christ-

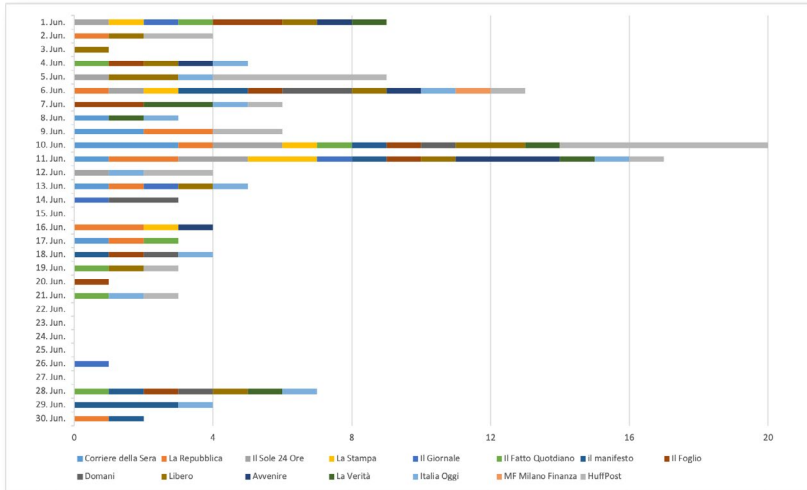
demokraten jetzt auf die – schrittweise – Wiedereinführung der Wehrpflicht, welche die Kanzlerin hingegen abgeschafft hatte. In der Migrationskrise hatte Merkel das berühmte «Wir schaffen das» ausgesprochen, obwohl sie teilweise die Unterstützung – gegen Bezahlung – von «nicht vorzeigbaren Drittländern», insbesondere der Türkei, gesucht hatte; mittlerweile zielt ihre Partei einzig darauf ab. Nach dem Unglück von Fukushima verfügte Merkel letztlich den Ausstieg aus der Kernenergie, auf welche die CDU stattdessen «heute hoffnungsvoll blickt». «Die globalen geopolitischen und wirtschaftlichen Umstände», erklärt Bascetta, «haben nun die Kluft zwischen dem Deutschland von Angela Merkel und dem heutigen gegraben». Auch innenpolitisch hat der Vormarsch «eines rechtsradikalen Flügels, der immer zwischen Verbot und vollwertigem Teil des politischen Kalküls schwankt», einen deutlichen Rechtsruck der CDU begünstigt (M. Bascetta, *Barra a destra e cortina di ferro: la corsa di Ursula*, in «il manifesto», 14. Mai 2024 [PDF](#)). Auf den mutmaßlichen nächsten Bundeskanzler warten in der Tat zwei Herausforderungen: eine einfache, die sich gegen die inzwischen zerrüttete Sozialdemokratie richtet, und eine andere, die heimtückischer und komplexer ist und sich gegen die radikalen und systemfeindlichen Kräfte richtet, die weiter an Boden gewinnen (D. De Palo, *Semaforo in crisi sul bilancio? La CDU di Merz è pronta a riprendersi il governo*, in «formiche», 28. Juli 2024 [PDF](#)). Es gilt zu entscheiden, ob man die Brandmauer, die gegen jede Öffnung zur extremen Rechten errichtet wurde, durchbrechen und mit der AfD zusammenarbeiten sollte oder nicht. Immerhin sind «Verstrickungen» mit den Neonazis der Alternative für Deutschland in einigen lokalen Zusammenhängen bereits Realität (R. Giardina, *Germania, CDU lavora con l'AfD*, in «ItaliaOggi», 14. August 2024 [PDF](#)). Darüber hinaus verfolgte die italienische Presse in diesem Zeitraum weiterhin mit großem Interesse die Ereignisse und Skandale der AfD, die erneut im Mittelpunkt von Untersuchungen und Ermittlungen über ihre zweideutigen Beziehungen sowohl zu Moskau als auch zu Peking stand, wie wir später im Abschnitt über die Außenpolitik sehen werden (P. Peduzzi, M. Flammini, *Il tracollo dell'AfD, tra scandali e soldi russi e cinesi*, in «Il Foglio», 9. Mai 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *I soldi da Mosca e Pechino, poi le frasi choc del capolista. La caduta degli estremisti*,

in «Corriere della Sera», 23. Mai 2024 [PDF](#)). Auf dem ersten Parteitag nach den Europawahlen wurde ein Prozess eingeleitet, um die «Nazi»-Skandale zu begraben», stellt Canetta fest, insbesondere im Hinblick auf die Regionalwahlen im September, die in der nächsten Ausgabe behandelt werden (S. Canetta, *AfD a congresso, parola d'ordine: seppellire gli scandali nazi*, in «il manifesto», 29. Juni 2024 [PDF](#)).

Schließlich ist auch die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder im Blickfeld der italienischen Presse, unter anderem anlässlich ihres 70. Geburtstags, der Veröffentlichung ihrer Autobiografie und einer Fernsehserie, in der sie als Ermittlerin auftritt, aber vor allem, um eine Bilanz der deutschen Politik der letzten zwanzig Jahre zu ziehen und um neue Instrumente und neue Lösungen für die globalen Herausforderungen von heute zu finden. Merkel bleibt auch heute noch der wichtigste Vergleichspunkt für den aktuellen und den künftigen Kanzler, und dass sie nicht mehr Regierungschefin ist, schützt sie nicht vor harschen Urteilen bezüglich von Entscheidungen, welche sie insbesondere in der Außen- und Migrationspolitik getroffen hat (M. Valensise, *Gigante, anche nelle ombre. Angela Merkel fa 70 lontana dai riflettori, non dai giudizi*, in «HuffPost», 15. Juli 2024 [LINK](#); L. Di Giuseppe, *I settant'anni della cancelliera. Ma crescono i dubbi sulla sua eredità*, in «Domani», 17. Juli 2024 [PDF](#); A. Allegri, *Merkel 70. Enigmatica Angela. L'eterna cancelliera diventata il fantasma del potere tedesco*, in «il Giornale», 17. Juli 2024 [PDF](#); M. Patricelli, *Nessun rimpianto per la teutonica Merkel*, in «Liberio», 19. Juli 2024 [PDF](#)). Im Gegensatz dazu spricht Francesca Sforza in der «Stampa» von «Angela Nostalgie» und hebt das Vakuum hervor, das in der EU hinterlassen wurde und noch nicht gefüllt ist. Im Urteil über die Kanzlerin, so erklärt sie, werden ihre großen Vermittlungskünste im Osten nicht gebührend berücksichtigt. Denn nach ihr sei in der Tat «eine halbe Katastrophe» entstanden. Heute, so schlussfolgert Sforza, wird sie noch mehr gebraucht, sowohl an der Ost- als auch an der Westfront: Eine mögliche Wiederwahl von Trump könnte verheerende Folgen haben (F. Sforza, *Nostalgia Angela*, in «La Stampa», 18. Juli 2024 [PDF](#); per la serie tv si vedano ad esempio *Merkel come la signora in giallo: su Rai2 la serie con l'ex cancelliera che in pensione diventa investigatrice*, in «HuffPost», 10. Juli 2024 [PDF](#); L. Rio, *Merkel investigata (per*

*fiction*), in «il Giornale», 10. Juli 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *Miss Merkel, l'ispettrice che risolve delitti e misteri*, in «Corriere della Sera», 12. Juli 2024 [PDF](#)).

DEUTSCHE POLITIK - ITALIENISCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Juni 2024 und berücksichtigt alle in der italienischen Presse veröffentlichten Artikel zur deutschen Innenpolitik.



## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN RUSSLAND, NAHER OSTEN, CHINA

(ITALIENISCHE PRESSE)

Wie bereits zuvor erwähnt, befindet sich Deutschland in einer Krise: und das nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch. Erschöpft von den Folgen des russisch-ukrainischen Krieges und der Ungeduld und dem Überdruß der deutschen Bevölkerung infolge der Unterstützung Kiews und der Rezession, sieht sich die deutsche Regierung mit dem Versuch Brüssels konfrontiert, die Beziehungen zu ihrem anderen Partner, nämlich Peking, zu beschneiden und zu begrenzen, und rechnet mit der Möglichkeit eines Sieges von Donald Trump bei den nächsten US-Präsidentenwahlen (A. Penati, *Germania in crisi. La sindrome cinese e l'incubo Trump*, in «Domani», 26. Juli 2024 [PDF](#)). Im Leitartikel der Ausgabe des «Limes», der dem Thema «Deutschland ohne Qualität» gewidmet ist, gibt Caracciolo eine sehr harte Einschätzung der Widerstandsfähigkeit des deutschen Systems nach dem 24. Februar ab: «Ein schlechter Verlierer», der sich auf einen Schlag «ohne Gas über die russische Pipeline, auf dem Rückzug vom chinesischen Markt, unter dem Einfluss der Amerikaner, vom Stuhl des *Praeceptor Europae* entlassen» wiederfand (L. Caracciolo, *Benvenuti in Germania, l'ex gigante d'Europa che ha perso il centro*, in «Limes», 6 (2024) [PDF](#)).

Im Hinblick auf die russisch-ukrainische Front hat die Angst vor einer zweiten Trump-Präsidentenwahl in diesen vier Monaten die Debatte über Waffen und die europäische Verteidigung beschleunigt und angeheizt und Deutschland und die EU zu einer schnelleren und entschiedeneren Reaktion aufgefordert. Die italienische Presse hat noch immer ein Zögern bei der deutschen Unterstützung für Kiew ausgemacht: bei den Waffen, bei der Monetarisierung der von Russland beschlagnahmten Ver-

mögenswerte, bei den Friedensbedingungen und auch bei der gemeinsamen Verteidigung. Und doch weisen einige Zeitungen darauf hin, dass Berlin immer noch der führende Waffenlieferant in Europa ist, im Gegensatz zu Italien, das zusammen mit Schweden am Ende der Liste steht (C. Caridi, *L'Europa paga già più degli USA, ma meno di ciò che ha promesso*, in «il Fatto Quotidiano», 26. April 2024 [PDF](#); C. Caridi, *Kiev, dagli USA altri 400 milioni. E Berlino striglia la UE: più armi*, in «il Fatto Quotidiano», 11. Mai 2024 [PDF](#); L. Piccioli, *Dagli addestratori ai Taurus. Ecco i nuovi (possibili) aiuti per Kyiv*, in «formiche», 17. Mai 2024 [PDF](#)). Dies ermöglicht es ihr, Druck auf ihre europäischen Verbündeten auszuüben, allen voran auf Paris (C. Caridi, *Berlino preme su Parigi: aiuti a Kiev e nuove armi*, in «il Fatto Quotidiano», 23. Mai 2024 [PDF](#)). Auf der Sitzung des EU-Verteidigungsrates Ende Mai haben Scholz und Macron in der gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an das deutsch-französische Ministertreffen ihre Position zur Zweckmäßigkeit der Versorgung Kiews mit NATO-Waffen, die Russland treffen können, klargestellt. Die «eindeutige Freigabe» des Stoltenberg-Vorschlags durch Macron, schreibt Tonia Mastrobuoni in der «Repubblica», zwang auch Scholz zu einer Stellungnahme, die «ohne die sprichwörtliche lexikalische Klugheit von Scholz ebenso eindeutig ausfiel» (T. Mastrobuoni, *Accordo Macron-Scholz: L'Ucraina deve poter attaccare le basi in Russia*, in «la Repubblica», 29. Mai 2024 [LINK](#)). Im Gegensatz dazu schreibt Angela Mauro in der «HuffPost», dass sich der Bundeskanzler zu diesem Zeitpunkt noch nicht geäußert hat und dies auch bis zu den Europawahlen nicht tun würde (A. Mauro, *Linea Stoltenberg. Armi ucraine contro la Russia: la Francia ci sta, la Germania resiste. Anche Roma dice no*, in «HuffPost», 28. Mai 2024 [LINK](#)). De Luca bezeichnet die Haltung sowohl von Berlin als auch von Paris in dieser Frage als zweideutig, während Caridi von einem deutschen «Bluff» spricht (D.M. De Luca, *Kiev: «Usate armi UK in Russia». Chi dice sì e chi no agli attacchi*, in «Domani», 30. Mai 2024 [PDF](#); C. Caridi, *Armi in Russia, USA verso il sì. E Scholz bluffa*, in «il Fatto Quotidiano», 30. Mai 2024 [PDF](#)). Für Giulia Belardelli ist dies im Gegenteil eine „vorsichtige, aber konkrete“ Reaktion Deutschlands. Scholz, so erklärt sie, sei zwar einen Schritt hinter den Staats- und Regierungschefs zurückgeblieben, die Moskau gegenüber härter auftreten, habe

sich aber als verlässlicher Partner für Kiew erwiesen, indem er Militärhilfe im Wert von rund 28 Milliarden bereitgestellt und zugesagt habe, die Ostflanke der NATO durch die Stationierung einer ständigen Kampftruppe in Litauen zu stärken. Eine Entscheidung, die Verteidigungsminister Boris Pistorius als «historisch» bezeichnete. Und dies, wie Belardelli betont, nicht ohne Schwierigkeiten. Er verweist zunächst auf die öffentliche Meinung gegen die Entsendung von Taurus-Raketen und dann auf die strengen Haushaltsauflagen (G. Belardelli, *L'elmo di Scholz. Quasi sì alla NATO e truppe in Lituania: Germania cauta ma concreta con Kiew*, in «HuffPost», 30. Mai 2024 [PDF](#)). Abgesehen von den Meinungsäußerungen war das Ja Berlins zum Stoltenberg-Vorschlag eine der am meisten kommentierten Nachrichten in der italienischen Presse (*Dopo gli USA, pure Berlino: 'Si può attaccare in Russia'*, in «il Fatto Quotidiano», 1. Juni 2024 [PDF](#); M. Molteni, *Anche Berlino arma Kiew per attaccare la Russia*, in «Liberio», 1. Juni 2024 [PDF](#); N. Scavo, *Anche Berlino 'abbatte' i tabù sui missili. E la Cina snobba il vertice di pace svizzero*, in «Avvenire», 1. Juni 2024 [PDF](#); A. Scott, *Anche Berlino dice sì all'uso delle armi per colpire la Russia*, in «Il Sole 24 Ore», 1. Juni 2024 [PDF](#)). Ebenfalls Ende Mai warnte Scholz die Ukraine (und die Alliierten) mit der Ankündigung einer neuen Lieferung von Panzern, Artillerie und Drohnen, dass Deutschland nun die Grenze der möglichen militärischen Versorgung erreicht habe.

Einige Zeitungen beharren auf der uneindeutige Haltung Berlins nicht nur in Bezug auf seine Unterstützung für Kiew, sondern auch in Bezug auf seine Beziehungen zu Moskau. Die rechte und die Mitte-Rechts-Presse setzen vor allem auf die «alten Beziehungen», die nie wirklich unterbrochen wurden, sondern nur durch momentane geopolitische Konjunktionen gelockert wurden. Dies, so liest man in «Liberio», wird nicht so sehr durch das Zögern bei den Militärlieferungen veranschaulicht, sondern durch den Widerstand der Regierung Scholz gegen weitere Sanktionen gegen Russland, die Monetarisierung russischer Vermögenswerte und ihr Beharren darauf, ebenfalls Moskau am Tisch der Friedensgespräche haben zu wollen (C. Nicolato, *Berlino vuole i russi alle trattative*, in «Liberio», 16. Juni 2024 [PDF](#); siehe auch A. Rico, *Berlino blocca le sanzioni sul gas. L'Occidente in retro sul conflitto*, in «La Verità», 16. Juni 2024 [PDF](#)).

Das Urteil von Lucio Caracciolo ist in dieser Hinsicht ebenfalls gnadenlos. Caracciolo, der immer – oder zumindest in den letzten zwei Jahren – sehr hart mit dem Berliner Kanzleramt ins Gericht geht, schreibt, Deutschland sei von den Ereignissen des 24. Februar «traumatisiert» und habe sich «noch nicht erholt». Deutschland bewegt sich, wie Frankreich, je nach den schwankenden Beziehungen zu Russland auf Distanz oder auf Nähe. Seine Unterstützung für Kiew ist, zum Teil aufgrund interner Spaltungen innerhalb der Mehrheit, «ins Stocken geraten. Der Rhetorik der Unterstützung für die Ukraine folgen selten Fakten. Versprochene Waffen sind eine Liste, gelieferte eine andere». Darüber hinaus befinden sich die Streitkräfte trotz der von Bundeskanzler Scholz sofort angekündigten Kehrtwende in einem «erbärmlichen Zustand». Die deutsche Wirtschaft, die seit einem halben Jahrhundert an den Zugang zu russische Gas und seit kurzem an den chinesischen Markt gewöhnt ist, befindet sich in einer strukturellen Krise (L. Caracciolo, *Quante divisioni ha l'Europa*, in «la Repubblica», 2. Juni 2024 [PDF](#)).

Teile der italienischen Presse hat es nicht versäumt, darauf hinzuweisen, dass der Graben in Deutschland, sowohl in der Bevölkerung als auch in der politischen Klasse, im Lichte der letzten Europawahlen noch tiefer geworden ist. Die extremistischen Kräfte der Alternative für Deutschland und des Bündnisses Sahara Wagenknecht haben aufgrund der Anfang Juni erzielten Wahlergebnisse ihre Ablehnung der politischen Linie der Regierung (und der NATO) gegenüber Kiew in den institutionellen und medialen Kreisen noch deutlicher und lauter zu Gehör gebracht. Anlässlich der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine boykottierten die meisten Abgeordneten der beiden Parteien sogar die Rede von Präsident Selenskyj vor dem Bundestag, der in einer Pressemitteilung der AfD als «verkappter Redner» bezeichnet wurde, den die Ukraine nicht brauche (G. Belardelli, «*La ricostruzione passa dai Patriot*». *Zelensky a Berlino, primo impatto con la nuova UE*, in «HuffPost», 11. Juni 2024 [LINK](#); si vedano anche U. Audino, *Zelensky al Bundestag, i rossobruni lo contestano. 'Se l'UE si divide è finita'*, in «La Stampa», 12. Juni 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *Zelensky fa tappa a Berlino, incassa fondi e 100 missili. 'Evitiamo un nuovo Muro'*, in «Corriere della Sera», 12. Juni 2024 [PDF](#); F. De Felice, *Zelensky implora i Patriot: 'Ci servono sette sistemi'. Gli estremisti*

*lasciano l'aula*, in «il Giornale», 12. Juni 2024 [PDF](#); D. Mosseri, *AfD e la sinistra boicottano il discorso di Zelensky*, in «Liberero», 12. Juni 2024 [PDF](#)). Das BSW selbst, so erinnert sich Caridi im «Fatto Quotidiano», zerbrach nach langem Tauziehen mit der Linken ausgerechnet am russisch-ukrainischen Krieg. Wagenknecht, die ihre Abgeordneten zum Überlaufen aufrief, warf Selenskyj vor, er fördere «eine gefährliche Eskalation» mit verheerenden Folgen für ganz Europa, weshalb er, wie er seine Einladung in den Bundestag kommentierte, «nicht mit einer besonderen Veranstaltung geehrt werden sollte» (C. Caridi, *La ricostruzione può attendere. Zelensky chiede nuovi Patriot*, in «il Fatto Quotidiano», 12. Juni 2024 [PDF](#)).

Ein gewisses Medienecho fanden auch die Äußerungen des Verteidigungsministers Boris Pistorius zur schrittweisen Wiedereinführung der Wehrpflicht. Ein lapidares Urteil über den Verteidigungschef wird von Domenico Quirico in «La Stampa» abgegeben. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht, ein «kriegstreiberisches» Lexikon, schreibt er, zielt darauf ab, uns langsam an die Idee des Krieges zu gewöhnen. Als «Quelle der kriegstreiberischen Dummheit» nimmt Pistorius einen «prominenten Platz» ein, der «keine Scheu hat, M16-Gewehre zu knacken, und dem es nichts ausmacht, seine Kinder ins Gefecht zu werfen», und der sogar das mögliche Datum des Beginns des «vierten Weltkriegs» im Jahr 2029 angibt (D. Quirico, *E nel 2029 la generazione Erasmus potrebbe dover marciare su Mosca*, in «La Stampa», 7. Juni 2024 [PDF](#); siehe auch A. De Filippo, *La Germania esibisce i muscoli*, in «ItaliaOggi», 18. Juli 2024 [PDF](#)). Deutschland muss bis dahin vorbereitet sein. Und vor diesem Hintergrund hat der Verteidigungsminister versucht, die Wehrpflicht wieder einzuführen, wird aber in seinen Plänen von dem «Wächter des Haushalts» Lindner und den Pazifisten der SPD gebremst (F. De Felice, *Venti di guerra. Berlino ripensa alla leva e ai riservisti*, in «il Giornale», 13. Juni 2024 [PDF](#)). Und das in dem Ausmaß, dass Bufacchi noch Ende Juli in «Sole 24 Ore» feststellt, dass die Umstellung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Angriffsgruppe äußerst langsam vorankommt (I. Bufacchi, *La difficile svolta tedesca da esercito di difesa a forza d'attacco*, in «Il Sole 24 Ore», 31. Juli 2024 [PDF](#)).

Die italienische Presse zeichnet ein Bild von Deutschland, das nicht nur wankelmütig, sondern auch schwach oder zu-

mindest geschwächt im Vergleich zu den Merkel-Jahren ist. So wurde Anfang Juli die Entscheidung, US-Langstreckenraketen, die Russland treffen können, auf deutschem Territorium zu stationieren, als ein weiterer Akt der Unterwerfung gegenüber den Vereinigten Staaten gewertet. Und die deutsche Schwäche ist auch in den Artikeln zu lesen, die sich mit der Untersuchung der Nord Stream-Sabotage befassen. Paudice schreibt, dass Berlin gezwungen ist, sich gegenüber Kiew dumm zu stellen, dem Land, das in Wirklichkeit seine eigene strategische und energetische Infrastruktur zerstört hat. Das deutsche Bundeskanzleramt hat zwar einen Haftbefehl gegen den ukrainischen Sub ausgestellt, der als Hauptverantwortlicher für die Sabotage gilt, schließt aber vorerst Verbindungen zur ukrainischen Regierung aus und hält damit die Beziehungen zu Kiew aufrecht. Eine Entscheidung, für die Scholz den Deutschen gegenüber Rechenschaft ablegen muss, vor allem denjenigen, die es leid sind, die Ukraine zu unterstützen (C. Paudice, *La pista ucraina sul sabotaggio di Nord Stream. Il cruccio di Berlino, costretta a far finta di nulla con Kiev*, in «HuffPost», 14. August 2024 [LINK](#)). Noch polemischer ist Marco Travaglio. Deutschland – so stellt er fest – «stopft die Ukraine mit Waffen voll» und stellt einen Haftbefehl gegen den ukrainischen Plünderer aus, der die Gaspipelines «auf Befehl Kiews und unter dem Schutz der NATO» in die Luft gesprengt hat. Und das, während die deutsche Wirtschaft in der Rezession ganz Europa in den Abgrund reißt und die amerikanische Wirtschaft im Gegensatz dazu «wie eine Lokomotive rollt» (M. Travaglio, *Gli atlantonti*, in «il Fatto Quotidiano», 15. August 2024 [PDF](#)). «Von heute an», schreibt er in einem späteren Leitartikel, «heißt das Stockholm-Syndrom das Berlin-Syndrom» (M. Travaglio, *La sindrome di Berlino*, in «il Fatto Quotidiano», 17. August 2024 [PDF](#)). Wenige Tage nach der Nachricht von der ukrainischen Sabotage kündigte die Regierung Scholz die Kürzung der Wirtschafts- und Militärhilfe für Kiew an. Paudice stellt jedoch fest, dass es nicht die Wut, sondern die Haushaltsprobleme und die Unnachgiebigkeit von Finanzminister Lindner waren, die Berlin zu dieser Entscheidung zwangen: «Es ist kein Geld da» (C. Paudice, *Berlino taglia gli aiuti all'Ucraina. Guai di bilancio, più che la rabbia per il Nord Stream*, in «HuffPost», 17. August 2024 [LINK](#)). Canetta hingegen schreibt im «manifesto», dass «es nicht nur und ausschließlich

eine Frage des Geldes ist». Die Umfragen, so erklärt er, zeigen die «eindeutige Müdigkeit der Deutschen», die immer mehr damit zu kämpfen haben, die enormen Kriegsanstrengungen zu verstehen. Dieser scheint endlos zu sein und hat im Moment als einziges bedeutendes Ergebnis das Ende des Wirtschaftswunders der Merkel-Ära hervorgebracht, das auf billigem russischen Gas basierte. Angesichts der bevorstehenden Wahlen, so Canetta, hat die Scholz-Regierung «wichtigere Probleme als die Unwägbarkeiten eines knappen Haushalts» (S. Canetta, *Austerità tedesca: dal 2025 stop agli aiuti militari*, in «il manifesto», 18. August 2024 [PDF](#); si veda anche R. Giardina, *Berlino, meno armi all'Ucraina*, in «ItaliaOggi», 20. August 2024 [PDF](#)). Ähnlich äußert sich Tonia Mastrobuoni in «La Repubblica»: «Scholz denkt vielleicht so, die rechtsextreme AfD und die rote Wagenknecht zum Schweigen zu bringen, die in den Umfragen im Höhenflug sind» und eine Kürzung der Hilfe für Kiew fordern. Er fügt hinzu, dass dies vielleicht auch ein Weg ist, um seinen innenpolitischen Rivalen, nämlich Boris Pistorius, zu schwächen. Der Verteidigungsminister, erklärt Mastrobuoni, ist seit über einem Jahr der beliebteste Politiker in Deutschland, ganz im Gegensatz zu der allgemeinen Wahlschwäche der SPD (T. Mastrobuoni, *Tagliati i fondi in favore dell'Ucraina, in Germania torna il rigore sui conti*, in «la Repubblica», 19. August 2024 [PDF](#)). In jedem Fall schadet die Entscheidung, zumindest nach dem, was in der italienischen Presse zu lesen ist, dem Image Deutschlands als verlässlicher Partner, und der Börsenkrach der Rüstungsgiganten «zeugt von der gefährlichen Stumpfsinnigkeit der Regierung Scholz» (C. Paudice, *Pasticcio di Lindner. I tagli alle armi per Kiev scuotono la Borsa, Berlino costretta a precisare*, in «HuffPost», 19. August 2024 [PDF](#); S. Canetta, *Dopo lo stop tedesco giù in borsa i colossi delle armi*, in «il manifesto», 20. August 2024 [PDF](#); T. Mastrobuoni, *I tagli di Scholz fanno crollare i titoli della Difesa*, in «la Repubblica», 20. August 2024 [PDF](#)), und erweist sich letztlich als «PR-Desaster» (M. Gergolet, *Berlino alla prova dei fondi per Kiev*, in «Corriere della Sera», 20. August 2024 [PDF](#)).

Was das Ansehen und die Rolle Deutschlands im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt betrifft, so galt die Aufmerksamkeit der italienischen Medien im Berichtszeitraum vor allem dem Verbot, das Berlin dem ehemaligen griechischen Minister

Yanis Varoufakis auferlegte, zum Palästinakongress Diem25 nach Deutschland zu reisen, der zwei Stunden nach seiner Eröffnung von den Ordnungskräften aufgelöst wurde. Calapà spricht im «Fatto Quotidiano» vom «Sand der Zensur», der über Europa aufgewirbelt wurde, und beschuldigt Deutschland, «das Epizentrum dieses Schocks für die Glaubwürdigkeit der Demokratien des Alten Kontinents» geworden zu sein (G. Calapà, *In Europa dissentire è sempre più pericoloso*, in «il Fatto Quotidiano», 16. April 2024 [PDF](#); in diesem Sinne auch C. Di Foggia, «*In gioco la libertà accademica: danno per la democrazia*», in «il Fatto Quotidiano», 16. April 2024 [PDF](#); S. Canetta, *Tende davanti al palazzo del Reichstag contro il pugno duro del governo*, in «il manifesto», 16. April 2024 [PDF](#); G. Calapà, C. Caridi, «*Non taccio e insisto: boicottiamo Israele*», in «il Fatto Quotidiano», 17. April 2024 [PDF](#); si veda anche l'intervista al sociologo tedesco Wolfgang Streeck: C. Di Foggia, «*Dissenso su Israele: i tedeschi imparino dagli studenti italiani*», in «il Fatto Quotidiano», 20. April 2024 [PDF](#)). De facto polarisiert die israelisch-palästinensische Frage die italienische Presse und ihre Darstellung von Deutschland weit mehr als der Krieg in der Ukraine. «il Fatto Quotidiano» und «il manifesto» beharren auf der harten Linie der Berliner Regierung, die Israel selbst angesichts eklatanter Menschenrechtsverletzungen strikt und fast blindlings die Treue hält. Das gegen den ehemaligen griechischen Minister verhängte Verbot wurde in diesen Zeitungen breit diskutiert und verdeutlicht die repressive und monolithische Reaktion der deutschen Regierung auf jede Äußerung von Dissens oder Verurteilung Israels (S. Canetta, *Berlino, spazzata via la tendopoli per la Palestina*, in «il manifesto», 27. April 2024 [PDF](#); C. Cruciani, «*Nessun beneficio militare, l'obiettivo è il massacro*», in «il manifesto», 7. Mai 2024 [PDF](#)). Von der Varoufakis-Affäre über das Staatsbürgerschaftsgesetz bis hin zur Verurteilung des deutschen Aktivisten iranischer Herkunft, der am 11. Oktober bei einer Demonstration in Neukölln seine Solidarität mit dem palästinensischen Volk zum Ausdruck brachte. Auch wenn Deutschland versucht, als monolithischer Block aufzutreten, ist es in Wirklichkeit in der israelisch-palästinensischen Frage sehr zersplittert, stellt Caridi im «Fatto Quotidiano» fest (C. Caridi, «*Da fiume a mare*», *Berlino condanna la giovane attivista: 'Sostiene Hamas'*, in «il Fatto Quotidiano», 7. August 2024 [PDF](#)). Flavia Perina

äußerte sich in «La Stampa» ebenfalls verwundert über die Verurteilung der Aktivistin. Das Gericht, so erklärt sie, «urteilte nicht über eine offene antisemitische Anstachelung, nicht über einen ausdrücklichen Aufruf zur Zerstörung Israels, sondern über einen historisch zweideutigen Slogan», der zum Banner tausender Demonstrationen im Westen geworden war. Einerseits bestätigt das Urteil die harte Linie Deutschlands, andererseits wirft es Fragen über den «schmalen Grat zwischen Meinungsfreiheit und Aufstachelung zu antisemitischem Hass» auf. Perina fragt sich daher, ob die Kriminalisierung eines solch «schwer greifbaren» Ausdrucks unsere Demokratien wirklich vor einer Eskalation des Hasses schützt oder ob sie nicht vielmehr Öl ins Feuer gießt (F. Perina, *‘Dal fiume al mare’ e la sottile linea tra un reato e la libertà di parola*, in «La Stampa», 7. August 2024 [PDF](#)). Auf der anderen Seite steht «Il Foglio», der hauptsächlich über antisemitische Vorfälle berichtet und die unnachgiebigsten Pro-Israel-Positionen lobt, wie die des Bildungsministers, der Lehrer, die sich mit den pro-palästinensischen Protesten solidarisieren, der «Verharmlosung von Gewalt» beschuldigt (*C’è un grande ministro a Berlino*, in «Il Foglio», 11. Mai 2024 [PDF](#); G. Meotti, *Scuole incendiate e minacce, gli ebrei tedeschi nel mirino*, in «Il Foglio» 18. Juli 2024 [PDF](#)). Wie bereits in der letzten Ausgabe von «SICIT» erwähnt, ist das Bild, welches die italienische Presse zeichnet, das eines Deutschlands, das Israel treu zur Seite steht. Selbst nach der Anerkennung des Staates Palästina durch drei europäische Staaten (Spanien, Irland und Norwegen) bekräftigte Scholz die bekannte deutsche Position eben gegen die Anerkennung (*Olaf Scholz fedele alla linea: ‘No allo Stato di Palestina’*, in «Avvenire», 25. Mai 2024 [PDF](#)). Nach dem israelischen Angriff auf Rafah und der Verurteilung dieses Angriffs durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag hat sich zumindest bei einigen Stimmen im deutschen Kanzleramt ein Umdenken vollzogen. Bei dieser Gelegenheit erklärte Außenministerin Annalena Baerbock nämlich, dass das humanitäre Völkerrecht für alle gilt, auch für Israel (A. Valdambri, *Cambio di passo UE. Berlino: ‘Corte dell’Aja va rispettata’*, in «il manifesto», 28. Mai 2024 [PDF](#)).

Schließlich sorgte das harte Durchgreifen der Berliner Regierung bei der Staatsbürgerschaft weiterhin für Diskussionen. Ende Juni trat ein neues Gesetz in Kraft, das das Bestehen eines

Tests über «das Judentum und die Bedeutung des Holocausts» vorschreibt, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Ein «doppelter Schlag» zur Verteidigung Israels als Staatsräson, kommentiert Canetta im «manifesto». Parallel zur Anerkennung der Legitimität des jüdischen Staates als Voraussetzung für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft hat die Regierung Scholz in der Tat die rasche Ausweisung all derjenigen aus Deutschland erleichtert, die «den Terrorismus loben» (S. Canetta, *Germania, per la cittadinanza Israele come ragione di Stato*, in «il manifesto», 28. Juni 2024 [PDF](#)). Auch «La Verità» äußerte sich negativ über das neue Staatsbürgerschaftsgesetz, allerdings aus anderen Gründen. Insbesondere für die Herabsetzung der Mindestaufenthaltsdauer von acht auf fünf Jahre und die Möglichkeit, einen Doppelpass zu behalten. Und das, kommentiert Benedetti, in einer «hitzigen» Situation, in der «die nationalen Chroniken voll von Verbrechen sind, die von ausländischen Babybanden und Asylbewerbern begangen wurden» und die AfD gerade wegen ihrer einwanderungsfeindlichen Positionen auf dem Vormarsch ist. «Deutschland», schreibt er, «ist eine Nation der Paradoxe» (V. Benedetti, *Vivi in Germania? Allora ama Israele*, in «La Verità», 28. Juni 2024 [PDF](#)).

Schwächen und Mehrdeutigkeiten Deutschlands traten auch in den Beziehungen zu Peking zutage. Wenn einerseits die engen Handelsbeziehungen die ganze Verwundbarkeit Deutschlands gezeigt haben, so dass kritische Fragen ähnlich denen mit Russland auftauchten, so hat es andererseits auch in seinen direkten Beziehungen zu China wenig Gewicht auf dem internationalen Schachbrett gezeigt, oder zumindest weniger als erwartet. So schreibt Paudice in seinem Kommentar zu Scholz' Reise nach Peking, der Kanzler sei «mit einer Handvoll Fliegen» zurückgekehrt (C. Paudice, *Scholz torna dalla Cina con un pugno di mosche. Mentre i porti europei sono invasi dalle auto elettriche cinesi*, in «HuffPost», 16. April 2024 [PDF](#)). Mara Gergolet betont den rein kommerziellen und innenpolitischen Charakter des Treffens der beiden Staatsoberhäupter. Abgesehen von dem Druck, der auf Xi ausgeübt wurde, um die Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts zu fördern, erklärt sie, war der Kanzler in erster Linie auf einer Geschäftsreise, wie die beeindruckende Delegation von CEOs und Bankern im Schlepptau zeigt. «Es ist klar», kommentiert sie,

«was Berlin mit *De-Risking* meint: eine Distanzierung von China, die so spät wie möglich vollzogen werden soll» (M. Gergolet, *Scholz fa pressioni su Xi: fermi Putin*, in «Corriere della Sera», 17. April 2024 [PDF](#)). Ähnlicher Auffassung ist auch Danilo Taino, der auf die Risiken dieses vorgetäuschten *De-Risking* im Falle einer Krise in der Straße von Taiwan hinweist. Obwohl die Verbindung mit Peking im Gegensatz zu den russischen Energielieferungen eine Entscheidung der Unternehmen und nicht der Regierung ist, bleibt es ein Rätsel, warum Scholz, ebenso wie Merkel, sie weiterhin fördert (D. Taino, *Le uova tedesche nel cesto cinese*, in «Corriere della Sera», 18. April 2024 [PDF](#); ähnlich M. Cocco, *Altro che politica di de-risking. Sulla Cina Scholz come Merkel*, in «Domani», 29. April 2024 [PDF](#)). Für Michele Valensise ist die Bilanz der Reise nach China «nicht berauschend»: Sie bestätigt die internen Spaltungen innerhalb der Regierungskoalition und die Notwendigkeit einer europäischen Stimme, und nicht die eines einzelnen Landes, um einen echten Dialog mit dem chinesischen Riesen zu führen (M. Valensise, *Quanto diventa piccolo il cancelliere solitario davanti alla Cina*, in «HuffPost», 23. April 2024 [PDF](#)). Francesco Galietti hingegen äußert sich im «Panorama» sehr kritisch und beklagt eine «gravierende Kurzsichtigkeit» des Berliner Kanzleramtes: «Scholz verbeugt sich nicht vor Xi Jiping, aber er zeigt, dass er die neue globale Dynamik nicht versteht», oder besser gesagt das «G2-Paradigma», die Vorkriegsaufteilung der Welt zwischen Peking und Washington. Dies zeigt sich in seinem vergeblichen Versuch, zwischen den Forderungen der deutschen Industrie und den «stabilen Aufträgen aus den Vereinigten Staaten» zu vermitteln, was den Kanzler zu seiner «gewohnten Trapezübung» zwingt (F. Galietti, *Grave è la miopia del cancelliere sulla Cina*, in «Panorama», 24. April 2024 [PDF](#); zu Scholz' schwierigem «Balanceakt» siehe auch U. Audino, *Berlino-Pechino. Quell'asse ostacolato dall'Unione Europea*, in «L'Espresso», 26. April 2024 [PDF](#)). Zweifel und Kritik in der italienischen Presse an den deutsch-chinesischen Beziehungen wecken auch der Widerstand von Scholz gegen europäische Zölle auf chinesische Autos (mehr dazu im Abschnitt «Umwelt» dieser Ausgabe) und der neue Fall von Spionage zugunsten Pekings. In letzteren war ein Mitarbeiter des AfD-Europachefs Maximilian Krah verwickelt, was nicht wenig peinlich ist, wie im letzten «SICIT

*focus*» zu lesen war (U. Audino, *La Cina è vicina e spia i tedeschi*, in «L'Espresso», 3. Mai 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *Il portaborse dell'AfD era una spia di Pechino*, in «Corriere della Sera», 24. April 2024 [PDF](#); L. Santucci, *Spia al soldo di Pechino. Dopo quelle russe, su AfD si allungano le ombre cinesi*, in «HuffPost», 23. April 2024 [PDF](#); T. Mastrobuoni, *Una spia cinese all'Europarlamento. Il portaborse inguaia il capolista dell'AfD*, in «la Repubblica», 24. April 2024 [PDF](#); *L'assistente del sovranista tedesco Krah è una spia di Pechino*, in «Il Foglio», 24. April 2024 [PDF](#); F. De Felice, *A Berlino spia al servizio di Pechino. È l'assistente dell'eurodeputato AfD*, in «il Giornale», 24. April 2024 [PDF](#)).

Die italienische Presse konzentrierte sich in diesen vier Monaten ebenfalls auf den Versuch von Scholz und Macron, die deutsch-französische Beziehungen im Namen und zur Verteidigung der europäischen Demokratie zu stärken, selbst auf Kosten anderer EU-Länder (U. Audino, *Macron a Berlino per l'asse franco-tedesco. «Noi cuore dell'Europa contro gli autocrati»*, in «La Stampa», 27. Mai 2024 [PDF](#); C. Caridi, *Adesso Macron e Scholz boicottano i 100 miliardi voluti da Stoltenberg*, in «il Fatto Quotidiano», 28. Mai 2024 [PDF](#); V. Sabadin, *Il ritorno del ticket tra Parigi e Berlino*, in «Il Messaggero», 29. Mai 2024 [PDF](#)).

Wenn Mario Monti und Filippo Santelli von einem 'deutsch-französischen Motor im Rückwärtsgang' sprechen und dem 'wirtschaftlichen Nationalismus' eine Stimme geben, anstatt die Integration zu vertiefen (F. Santelli, *Se il motore franco-tedesco gira al contrario*, in «la Repubblica», 3. Mai 2024 [PDF](#)), weisen viele hingegen auf die Differenzen hin, die unter der Oberfläche der wieder zusammengewachsenen Achse bleiben, insbesondere bei so wichtigen und heiklen Themen wie der Entsendung von Truppen in die Ukraine, der Atomenergie und den Zöllen gegen China (S. Montefiori, *Macron, visita storica a Berlino: 'Proteggiamo la democrazia'. I (tanti) disaccordi tra i due Paesi*, in «Corriere della Sera», 27. Mai 2024 [PDF](#); E. Sequi, *Macron alla ricerca dell'alleanza perduta, le frizioni con Scholz favoriscono l'Italia*, in «La Stampa», 28. Mai 2024 [PDF](#); D. Zappalà, *Macron e Scholz in tandem per l'UE*, in «Avvenire», 29. Mai 2024 [PDF](#)). Auch anlässlich des G7-Gipfels stellt die italienische Presse vor allem die deutsch-französische Schwäche fest, zumal im Lichte der Wahlergebnisse in beiden Ländern. Garimberti in «La Repubblica» spricht von «lahmen

Enten», Belpietro in «Verità» von «verkrüppelten» oder durch Wahlen delegitimierten Staatsoberhäuptern, Stefanini in «La Stampa» definiert den G7-Gipfel in Borgo Egnazia als «den Gipfel schwacher Staatsoberhäupter, die vor epochalen Herausforderungen stehen» (P. Garimberti, *Un summit di anatre zoppe*, in «la Repubblica», 13. Juni 2024 [PDF](#); M. Belpietro, *Si apre il G1 + 6*, in «La Verità», 13. Juni 2024 [PDF](#); S. Stefanini, *Il vertice dei leader deboli davanti a sfide epocali*, in «La Stampa», 14. Juni 2024 [PDF](#)).



## WIRTSCHAFT UND FINANZEN

(DEUTSCHE PRESSE)

Zu Beginn des Jahres 2024 hatte die deutsche Presse zeitweise Bewunderung für die vermeintlich positive Entwicklung der italienischen Wirtschaft geäußert. Zwischen Frühjahr und Sommer verschlechterte sich die allgemeine Wahrnehmung jedoch deutlich. So wurde Ende Juli die schwere wirtschaftliche und politische Krise in Deutschland als Wiederholung eines Musters interpretiert, das bereits zuvor in Italien zu beobachten war, einem Land, dessen reales BIP seit 17 Jahren nicht mehr gewachsen war (T. Mayer, *Wegweiser Italien*, in «Welt am Sonntag», 21. Juli 2024 [PDF](#)). Bereits Ende April, als die Europäische Union den neuen Stabilitätspakt verabschiedete, wurde der unaufhaltsame Anstieg der italienischen Staatsverschuldung angeprangert, die auf Jahresbasis nun bei 7,4% liegt (U. Sauer, *Madonna! Italien trägt die gefährlichste Schuldenlast der gesamten Eurozone. Die Nachbarn sollten alarmiert sein*, in «Süddeutsche Zeitung», 27. April 2024 [PDF](#)). Der 100-Euro-Bonus für Arbeitnehmer mit einem Einkommen von weniger als 28.000 Euro wurde daher als 'Wahlgeschenk' im Vorfeld der Europawahlen im Juni interpretiert (C. Schubert, *Sparkurs in Deutschland – Wahlgeschenke in Italien*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 6. Mai 2024 [PDF](#)). Offenkundig boten italienische Schuldtitel den Anlegern Chancen, die beispielsweise mit der Emission von zehnjährigen Anleihen zu einem geschätzten jährlichen variablen Zinssatz von etwa 4,8% rechnen konnten (M. Fischer, *Zinsen made in Italy*, in «Euro am Sonntag», 10. Mai 2024 [PDF](#)). Allerdings wurde befürchtet, dass sich das Schuldenrating verschlechtern könnte und die Wertpapiere dann in den Ramschbereich abrutschen würden (*Italien*, in «Euro», 18. Mai 2024 [PDF](#)). Es wurde fest-

gestellt, dass Italien nun kurz davor steht, Griechenland bei der Schuldenquote zu überholen. In der Tat wurde vorausgesagt, dass die beiden Länder im Jahr 2027 eine Quote von 143,4% bzw. 142,9% verzeichnen würden. Diese Zahlen schienen die Finanzmärkte jedoch nicht sonderlich zu beunruhigen, da die italienische Wirtschaft immer noch wächst, und zwar mit einer Rate von etwa 1% zwischen 2023 und 2025 (C. Schubert, *Rom bald höher verschuldet als Athen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 21. Mai 2024 [PDF](#)). Der Jahresbericht, den der Gouverneur der italienischen Zentralbank Ende Mai vorstellte, gab Anlass zu verhaltenem Optimismus. Darin wird festgestellt, dass es laut Fabio Panetta möglich ist, die ausufernde Staatsverschuldung durch mehr Investitionen einzudämmen (C. Schubert, *Italien kann den Trend umkehren*), in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 3. Juni 2024 [PDF](#)). Die Stärkung der Mehrheit von Giorgia Meloni nach den Europawahlen und die Aussicht auf eine Regierung, die die gesamte Legislaturperiode überdauern würde, deuteten auf eine ungewöhnliche politische Stabilität hin, die Investitionen nach Italien locken könnte (C. Schubert, *Standortvorteil Italiens: Stabile Regierung*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 11. Juni 2024 [PDF](#)). Ende August war man jedoch überrascht, dass sich Italien trotz seiner Staatsverschuldung und seiner alternden Bevölkerung den Luxus erlaubt hat, viele Arbeitnehmer relativ früh in den Ruhestand zu schicken, und zwar nicht nur mit dem berüchtigten Mechanismus der «Quote 100», der nun ausläuft (C. Schubert, *Das alternde Italien leistet sich weiter viele Frührentner*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 28. August 2024 [PDF](#)).

Angesichts der insgesamt negativen Einschätzung der italienischen Wirtschaft konnte man beobachten, wie sie von der Regierung von Giorgia Meloni manövriert wurde, um den Konsens bestimmter Interessengruppen zu erhalten. Es wurde festgestellt, wie die Nachsicht gegenüber Taxifahrern, Konzessionären von Badeanstalten und Selbstständigen im Allgemeinen von dirigistischen Impulsen begleitet wurde, zum Beispiel mit dem Kampf gegen die Produktion von Zuchtfleisch oder dem gesamten Bereich 'Cannabis light' (U. Sauer, *Meloni gängelt die Wirtschaft*, in «Süddeutsche Zeitung», 3. Juni 2024 [PDF](#)). Melonis Wirtschaftspolitik schien unausgewogen gegenüber den Interessen der Selbstständigen und Kleinunternehmer und nicht daran interessiert, die von

ihnen mitunter praktizierte Steuerhinterziehung zu bekämpfen, und forderte stattdessen einen ‘freundlichen Fiskus’ (U. Sauer, *Wirtschaftspolitik à la Meloni*, in «Süddeutsche Zeitung», 26. Juli 2024 [PDF](#)). Was die Steuerhinterziehung betrifft, so war der Rückzug der Regierung Ende Mai in der Frage des ‘Redditometers’, das per Gesetzesdekret wieder eingeführt, aber sofort von allen politischen Kräften in der Regierung abgelehnt wurde, bemerkenswert (C. Schubert, *Keine gläserne Steuerbürger in Italien*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 24. Mai 2024 [PDF](#)). Es wurde erläutert, wie das Redditometer ursprünglich im Jahr 2010 eingeführt worden war, um Diskrepanzen zwischen den von einem Steuerzahler tatsächlich getätigten Ausgaben und den von ihm erklärten Einkünften festzustellen. Das Instrument sei dann 2018 abgeschafft worden, entweder wegen seiner technischen Mängel oder wegen angeblicher Rechtswidrigkeit. Es war daher sehr überraschend, dass ausgerechnet die am weitesten rechts stehende Regierung in der Geschichte der Republik einen solchen Mechanismus wieder einführen wollte. Ironischerweise wurde in Anlehnung an eine Schlagzeile von «La Repubblica» darauf hingewiesen, dass die Jagd auf Steuerhinterzieher kaum 24 Stunden gedauert hatte (M. Beise, *24 verrückte Stunden in Rom*, in «Süddeutsche Zeitung», 24. Mai 2024 [PDF](#)). Insgesamt erschien auch das ‘Hausrettungs’-Dekret, in dem kleine Baumissbräuche geduldet wurden, als eine Begünstigung der Unehrliehen. Es wurde jedoch festgestellt, dass das Dekret eine willkommene Verkürzung der Wartezeiten für Baugenehmigungen vorsieht, und man fragte sich auch, ob es Immobilieninvestitionen deutscher Bürger in Italien erleichtern würde (C. Schubert, *Italien legalisiert kleine Sünden beim Hausbau*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 5. Juli 2024 [PDF](#)). Eine weitere Maßnahme der Regierung machte es wohlhabenden Ausländern jedoch verhältnismäßig weniger leicht, sich in dem Land niederzulassen. So wurde die Pauschalbesteuerung für ultrareiche Ausländer, die nach Italien ziehen, von 100.000 Euro auf 200.000 Euro pro Jahr verdoppelt. Die Maßnahme hatte nur geringe wirtschaftliche Auswirkungen, aber einen politischen Vorteil, da sie die Regierung im Kampf gegen ausländische Profiteure, die für den Anstieg der Immobilienpreise verantwortlich sind, erscheinen ließ (S. Beutelsbacher, *Italien verdoppelt Steuer für reiche Ausländer*, in «Die Welt», 9. August 2024 [PDF](#)).

Zwischen Ende Juli und in der ersten Augushälfte, auf dem Höhepunkt der Urlaubssaison, widmete die deutsche Presse dem Thema der 7.244 Strandbäder an der italienischen Küste viel Aufmerksamkeit. Einige Beobachter betonten den Konflikt zwischen den Lizenzinhabern und denjenigen, die freien Zugang zu den Stränden haben wollten, die dem Staat gehörten. Es wurde festgestellt, dass die sehr hohe Gewinnspanne der Badeanstalten angesichts der lächerlichen Konzessionsgebühren den gesamten Sektor aufgrund der offensichtlichen Möglichkeiten zur Geldwäsche für Mafiaorganisationen besonders interessant machte (T. Kaiser, *Streit um den Strand*, in «Welt am Sonntag», 28. Juli 2024 [PDF](#)). Auch wenn die Bäderbetreiber zusammen mit den Taxifahrern zu den traditionell von rechten Parteien vertretenen Interessengruppen gehören, so war doch zu beobachten, dass die Umsetzung der Bolkestein-Richtlinie von 2006 und die Ausschreibung von Konzessionen auf europäischer Ebene nicht mehr aufgeschoben werden konnten. Das von der Europäischen Kommission eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren sowie mehrere Urteile des Staatsrats machten es nun unmöglich, die Konzessionen für Betreiber von Strandbädern zu verlängern (A. Dernbach, *Meloni taucht ab: Immer Ärger an Italiens Stränden*, in «Der Tagesspiegel», 3. August 2024 [PDF](#)). Angesichts des drohenden Verlustes ihrer Einnahmequelle forderten die ehemaligen Konzessionäre jedoch eine beträchtliche Entschädigung vom Staat, die mindestens zwei Jahresumsätze betragen sollte. Um Druck auf die Regierung auszuüben, wurde für den 9. August ein zweistündiger Streik ausgerufen (C. Schäfer, *Womit keiner rechnet*, in «Die Zeit», 8. August 2024 [PDF](#)). Auch wenn die Betreiber der Strandbäder im Allgemeinen nicht die Sympathie der deutschen Beobachter zu genießen schienen, fehlte es nicht an jenen, die versuchten, ihren Standpunkt darzulegen und in Frage stellten, ob die mögliche Übernahme von multinationalen Unternehmen anstelle von Familienbetrieben das Erlebnis sichern würde, das Generationen von Deutschen seit 75 Jahren während ihres Sommerurlaubs in Italien genossen hatten (M. Beise, *Streik am Strand*, in «Süddeutsche Zeitung», 8. August 2024 [PDF](#)). Es wurde auch festgestellt, dass die Badeanstalten sehr unterschiedlich sind. Während zum Beispiel Flavio Briatore, der Besitzer der berühmten Badeanstalt Twiga in Forte dei Marmi,

durchaus bereit war, eine Konzessionsabgabe zu zahlen, die deutlich höher war als die, die der Staat derzeit von ihm verlangt, war die Situation bei kleinen Betrieben mit beliebten Kunden ganz anders (M. Rüb, *Sommer, Sonne, Galgenfrist*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 10. August 2024 [PDF](#)).

Die deutsche Presse befasste sich mit der Situation der Arbeiter in Italien hauptsächlich anlässlich tragischer Ereignisse. Anfang Mai wurde über den Tod von fünf Arbeitern in Casteldaccia in der Nähe von Palermo berichtet, die bei Wartungsarbeiten an einem Abwasserkanal an Schwefelwasserstoffdämpfen erstickten. Es wurde daran erinnert, dass im Jahr 2023 1.024 arbeitsbedingte Todesfälle zu beklagen waren. Als Ursache wurde auch die Praxis der Weitergabe von Aufträgen an private Firmen genannt, die sich nicht um die Sicherheitsvorschriften kümmern (D. Straub, *Arbeitsunfall erschüttert Italien*, in «Frankfurter Rundschau», 8. Mai 2024 [PDF](#)). Im Juni gab der Tod des Inders Satnam Singh in Borgo Piave bei Latina Anlass zum Nachdenken über die besondere Häufigkeit von Unfällen bei Schwarzarbeitern und insbesondere bei Ausländern und irregulär Beschäftigten. Entsetzt war man über das Verhalten von Antonello Lovato, dem Sohn des Bauernhofbesitzers, der Satnam Singh, anstatt einen Krankenwagen zu rufen oder ihn selbst ins Krankenhaus zu bringen, vor seiner Hütte ausgesetzt und seinen von einer Maschine amputierten Arm in einen Korb gelegt hatte. Um über die Chronik hinauszugehen, wurden soziologische Studien über die Ausbeutung der Punjab-Arbeiter in Agro Pontino zitiert und daran erinnert, dass es in den letzten sechs Jahren nicht weniger als 18 Fälle von Selbstmord in dieser Gemeinschaft gegeben hat (C. Schubert, *Landwirt lässt schwer verletzten Erntehelfer sterben*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 24. Juni 2024 [PDF](#)). Ein allgemeines Merkmal der Arbeit in Italien wurde in der Stagnation, ja Senkung der Reallöhne im Laufe der Zeit festgestellt. Es wurde nämlich festgestellt, dass die Durchschnittslöhne von Ende 2019 bis Anfang 2024 inflationsbereinigt um 6,9 % gesunken sind, was einen Negativrekord unter allen Mitgliedsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung darstellt. Es war daher nicht verwunderlich, dass viele junge Italiener, die oft hochqualifiziert sind, angesichts des sinkenden Lohnniveaus beschlossen, ins Ausland auszuwandern (C. Schubert, *Italiens Löhne*

*hinken spürbar hinterher*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 11. Juli 2024 [PDF](#)). Es wurde auch festgestellt, dass die Steuererleichterungen, die eingeführt worden waren, um die Abwanderung von Forschern und Wissenschaftlern einzudämmen, es nicht geschafft hatten, die Abwanderung wirksam einzudämmen, sondern hauptsächlich Manager angezogen hatten. Aus diesem Grund hatte die Regierung Meloni beschlossen, den Umfang der Vergünstigungen zu verringern, ohne jedoch Regeln einzuführen, um Forscher wirksamer nach Italien zu locken (C. Schubert, *Manager kamen, keine Forscher*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 23. Juli 2024 [PDF](#)). Nicht besser sah es mit der Sozialpolitik aus, die sich an diejenigen richtete, die um den Eintritt in den Arbeitsmarkt kämpfen. Im Mai wurde ein sehr ausführlicher Artikel über die Armut in Neapel vor und nach der Abschaffung des Bürgergeldes durch die Regierung Meloni veröffentlicht. Darin wurde hervorgehoben, wie die Nachbarschaftssolidarität und das Engagement von Kirchengemeinden und Vereinen dazu beigetragen haben, in besonders benachteiligten Kontexten ein Mindestmaß an sozialem Zusammenhalt zu wahren. Die Dynamik der Schwarzarbeit in einem Kontext, in dem es keine Möglichkeiten für reguläre und geschützte Arbeit gibt, wurde aufschlussreich dargestellt (S. Ludwig, *Armes Italien*, in «Die Tageszeitung», 15. Mai 2024 [PDF](#)). Ferner wurde festgestellt, dass die Zahl der Schulabbrecher in Gebieten wie der Region Neapel besonders hoch ist und dass die Sparpolitik die Situation verschärft hat. In diesem Zusammenhang hatten Forscher des ifo Instituts (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, wobei ‚ifo‘ für ‚Information und Forschung‘ steht) der LMU Universität München eine wichtige Studie über die Auswirkungen der öffentlichen Ausgabenkürzungen auf das Lernen von Schülern und Studenten in Italien abgeschlossen. Seit der Einführung des Europäischen Stabilitätspakts im Jahr 1999 ist die Lesekompetenz und die Fähigkeit zum mathematischen Denken bei Grundschulern im Durchschnitt um 4,6% bzw. 5,1% zurückgegangen. Es wurde festgestellt, dass diese Rückgänge vor allem Kinder aus benachteiligten Familien betrafen und somit die sozialen Ungleichheiten verschärften (M. Beise, *Auf Kosten der Zukunft*, in «Süddeutsche Zeitung», 25. Juli 2024 [PDF](#)).

Im Bereich der Handelspolitik galt die Aufmerksamkeit der Haltung der Regierung Meloni gegenüber China, nachdem

im Dezember 2023 der Ausstieg aus der *Belt and Road Initiative*, gemeinhin als ‘Seidenstraße’ bekannt, beschlossen worden war. Der Besuch der Premierministerin in China Ende Juli wurde zunächst als Versuch interpretiert, den Handel Italiens mit der asiatischen Supermacht auf eine gleichberechtigtere Basis zu stellen. Es wurde darauf hingewiesen, dass Meloni, ein Befürworter der Verhängung europäischer Zölle gegen China, auf einen Anstieg der chinesischen Direktinvestitionen in Italien hoffte, um die Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit Ironie wurde jedoch angemerkt, dass, wenn schon keine neue ‘Seidenstraße’ eingeweiht werden könne, so doch zumindest der alten Seidenstraße von Marco Polo gedacht werden könne, dessen 700. Todestag im Jahr 2024 gefeiert wird. (M. Rüb, G. Theile, *Alte statt neue Seidenstraße*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 30. Juli 2024 [PDF](#)). Melonis Reise fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Verhandlungen mit dem chinesischen Staatskonzern Dongfeng Motor Group über die Eröffnung einer Elektroautofabrik in Italien liefen. Damit hätte Meloni einen großen Coup gelandet, indem sie die heimische Autoproduktion erhöht hätte, auch wenn sie damit Stellantis verärgert hätte (T. Kaiser, *Melonis großer China-Coup*, in «Die Welt», 22. August 2024 [PDF](#)). Es sollte auch erwähnt werden, dass Melonis Haltung gegenüber Elektroautos etwas ambivalent erschien. Während die Premierministerin wollte, dass sie in Italien produziert werden, hatten die Parteien der Regierungskoalition am Vorabend der Europawahlen das Verbot von Verbrennungsautos bis 2025 scharf kritisiert (U. Sauer, *Ciao, E-Auto!*, in «Süddeutsche Zeitung», 25. Juni 2024 [PDF](#)).

Ein Treffen der Minister der G7-Staaten in Villa San Giovanni und Reggio Calabria war dem Außenhandel gewidmet. Bei dieser Gelegenheit zog die deutsche Presse nicht nur eine Bilanz des langjährigen Projekts der Brücke über die Meerenge von Messina, sondern reflektierte auch über die Bedeutung des Hafens von Gioia Tauro für den Containerverkehr (M. Beise, *Nur noch kurz die Welt retten*, in «Süddeutsche Zeitung», 18. Juli 2024 [PDF](#)).

In den zurückliegenden Monaten wurden die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission über die Genehmigung des Zusammenschlusses von ITA und Lufthansa fortgesetzt und

schließlich zu einem Abschluss gebracht. Anfang Juni schien das Ergebnis noch in der Schwebe zu sein, insbesondere in Bezug auf die europäische Forderung, Strecken nach Amerika zu veräußern, um den Wettbewerb im Luftverkehr nicht zu beeinträchtigen (C. Schubert, T. Kotowski, *Lufthansa-ITA-Fusion auf der Kippe*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 1. Juni 2024 [PDF](#)). Einen Monat später gab die Kommission endlich grünes Licht und krönte damit 17 Monate Verhandlungen. Die verschiedenen Bedingungen, unter denen die Fusion von ITA und Lufthansa schließlich genehmigt wurde, wurden hervorgehoben. Auf den Strecken nach Mittel- und Osteuropa musste Platz für zwei Konkurrenten (möglicherweise Volotea und Easyjet) geschaffen werden, während die Strecken nach Nordamerika, die tatsächlich frei werden würden, nicht öffentlich bekannt gegeben wurden, zur Unzufriedenheit der Verbraucherverbände, die Preiserhöhungen zum Nachteil der Passagiere befürchteten. Es wurde auch festgestellt, dass die Übertragung der Slots von ITA am Flughafen Linate schließlich unter schwierigeren Bedingungen als erwartet gestaltet wurde (C. Schubert, T. Kotowski, *Lufthansa erreicht ihr Ziel bei ITA*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 4. Juli 2024 [PDF](#)). Während die italienische Regierung aus ihrer Begeisterung über das erzielte Ergebnis keinen Hehl machte, gab es jedoch auch Stimmen, die das Wagnis der Lufthansa, sich in die ITA zu integrieren, angesichts der hohen Auflagen zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs für riskant hielten. Erwähnt wurde unter anderem die Weigerung, ITA in das Atlantic Joint Venture der Lufthansa mit United Airlines und Air Canada zu integrieren (J. Koenen, *Lufthansas riskante Wette in Italien*, in «Handelsblatt», 4. Juli 2024 [PDF](#)).

Im Kontext der europäischen Aufrüstung war die Nachricht von der Anfang Juli getroffenen Vereinbarung zwischen Rheinmetall und Leonardo über die Gründung eines 50:50-Joint-Ventures für den Bau von Panzern und gepanzerten Infanteriesystemen, die an die italienische Armee geliefert werden sollten, von Bedeutung. Dies bedeutete, dass 60 Prozent der Produktion von Panther- und Lynx-Panzern in Italien stattfinden würde. Es wurde betont, dass die Vereinbarung mit Rheinmetall eine 180-Grad-Wende für Leonardo darstellt. In der Tat hatte das von Roberto Cingolani geführte Unternehmen von Dezember 2023 bis Juni

2024 mit dem deutsch-französischen Konsortium KNDS über die Produktion einer italienischen Version des Leopard-Panzers verhandelt. Am Ende wurde die Vereinbarung aufgrund des begrenzten Raums, der der Entwicklung von Oto Melara, einer Tochtergesellschaft von Leonardo, eingeräumt wurde, aufgefliegen (C. Schubert, J. Jansen, *Rheinmetall und Leonardo bauen Kampfpanzer gemeinsam*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 4. Juli 2024 [PDF](#)). Cingolani machte die Vereinbarung bekannt, indem er Journalisten zu einem Besuch des Leonardo-Werks in La Spezia einlud. Der CEO erinnerte daran, dass das Unternehmen nur 15-16 Monate zuvor erwogen hatte, die Panzerproduktion ganz aufzugeben. Der Krieg in der Ukraine und die sich daraus ergebenden Chancen für die Rüstungsindustrie hatten zu einem Umdenken geführt, das schließlich in der Vereinbarung mit Rheinmetall gipfelte (C. Schubert, *Leonardo will schnell zu Rheinmetall*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 20. Juli 2024 [PDF](#)).

Während die europäische Integration im Verteidigungssektor eine einladende Perspektive darstellte, sorgte dieser Prozess in anderen Bereichen für Verwirrung. Dies war der Fall bei der Borsa Italiana, die zusammen mit anderen mit ihr verbundenen Finanzunternehmen 2021 dem in Paris koordinierten Euronext-Verbund beigetreten war, nachdem sie 2007 von der Londoner Börse übernommen worden war. Zwischen Juni und Juli begannen die Beschäftigten der italienischen Gruppe eine Mobilisierung, um die Aufwertung ihres nationalen Drehkreuzes zu fordern und Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen zu erhalten. Die deutsche Presse wies auch darauf hin, dass der Beitritt der Borsa Italiana zur Euronext seinerzeit von Meloni kritisiert worden war, als sie noch Oppositionsführerin war. In der Tat hatte die zweite Conte-Regierung das Angebot von Euronext den Angeboten der Deutschen Börse und der Six Group, der Schweizer Börse, vorgezogen, die Meloni besser gefielen (C. Schubert, *Mailand kämpft gegen den Bedeutungsverlust in Euronext*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 16. Juli 2024 [PDF](#)).

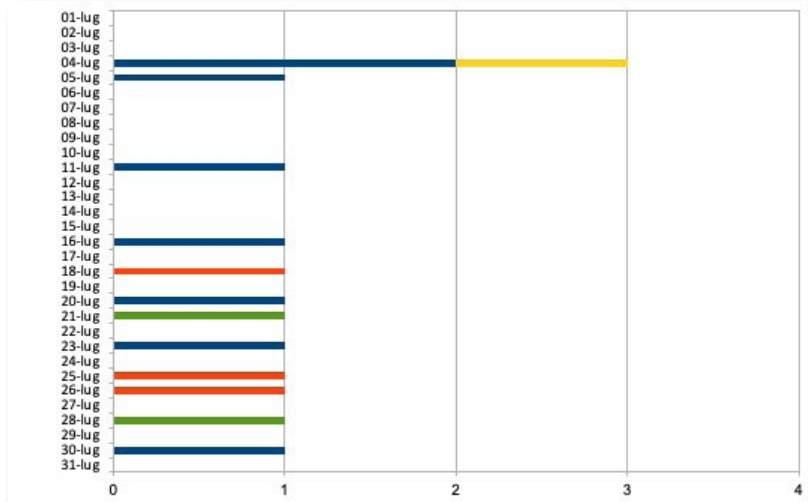
Spannungen in den Beziehungen Italiens zu Europa gab es auch in Bezug auf den Schutz der Lebensmittelindustrie. Einen Monat vor den Europawahlen wurde der Widerstand Italiens gegen die Einführung des Nutri-Score, eines umstrittenen Systems zur Klassifizierung von Lebensmitteln nach ihrem mutmaßlichen

Nährwert, reflektiert. Dieser Mechanismus wird in Italien vehement abgelehnt, da er typisch italienischen Spezialitäten wie Parmesankäse oder Olivenöl eine negative Bewertung zuschreibt. Der Nutri-Score wird derzeit in 6 europäischen Ländern getestet, aber es ist geplant, ihn in allen 27 EU-Mitgliedstaaten einzuführen. Die Regierung Meloni forderte die Ablösung des vereinfachten Nutri-Score durch ein alternatives und strukturierteres System, das NutrInform. Die Presse berichtete auch, dass Ministerin Lollobrigida eine Verfassungsreform zur Einführung des Prinzips der Ernährungssouveränität angekündigt hat. Die mögliche Verabschiedung einer solchen Verfassungsänderung hätte die Einführung des Nutri-Score in Italien unmöglich gemacht (M. Rüb, *Italien will den Nutri-Score nicht schlucken*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 7. Mai 2024 [PDF](#)).

Abschließend wenden wir uns von der italienischen Wirtschaft ab und einem Italiener zu, der für die europäische Wirtschaft und Politik von großer Bedeutung ist. Die deutsche Presse berichtete ausführlich über die Haltung von Mario Draghi. Bereits Ende April, als er seinen Bericht über die europäische Wettbewerbsfähigkeit fertigstellte, wurde darauf hingewiesen, dass er diese nicht im Sinne einer bloßen Kostensenkung interpretiert. Draghi zufolge konnte die europäische Wettbewerbsfähigkeit nur durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und eine europäische Führungsrolle auf der Weltbühne gefördert werden. Dies hätte die Schaffung eigener Lieferketten und das Erreichen einer höheren Produktivität vorausgesetzt (C. Brzeski, *Mario Draghi gut zuhören*, in «Frankfurter Rundschau», 27. April 2024 [PDF](#)). Mitte Juni lobte Mario Draghi bei einer Preisverleihung in Spanien das schwedische Wirtschaftsmodell, das sowohl auf einem starken sozialen Sicherheitsnetz als auch auf einer hohen Produktivität im Technologiebereich beruht. Es wurde angemerkt, dass das Lob Schwedens impliziere, dass die geringe Produktivität Europas im Vergleich zu den Vereinigten Staaten nicht auf die Unterschiede in den sozialen Sicherungssystemen zwischen den beiden Seiten des Atlantiks zurückzuführen sei, sondern vielmehr auf den unterschiedlichen Entwicklungsgrad im Technologiesektor. Draghis Rede wurde als Vorgeschmack auf seinen lang erwarteten Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit interpretiert,

der schließlich am 9. September 2024 vorgelegt wird (C. Siedenbiedel, *Lob fürs schwedische Modell*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 17. Juni 2024 [PDF](#)).

## ITALIENISCHE WIRTSCHAFT - DEUTSCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Juli 2024 und berücksichtigt alle in der deutschen Presse veröffentlichten Artikel über die italienische Wirtschaft.



## WIRTSCHAFT UND FINANZEN

### (ITALIENISCHE PRESSE)

Auch in diesen vier Monaten hat die italienische Presse die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die in Berlin getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf die Eurozone ständig und aufmerksam verfolgt. Selbst aus rein wirtschaftlicher Sicht bestätigt sich das Narrativ eines stark geschwächten Landes, eines ganzen Systems in der Krise, das dennoch versucht, seine Rolle und sein Gewicht im europäischen Entscheidungsprozess zu wahren. Paolo Valentino, der im «Corriere» ein alles andere als rosiges Bild von Deutschland zeichnet, spricht von ‚Scholz ohne Qualität‘ und von seinem Land als dem «gestörten Motor Europas»: Arbeitslosigkeit, Verkehrschaos, ineffektive Investitionen, Spaltungen der Regierung. Der «Katalysator für die Krise», erklärt er, sei gerade die politische Instabilität der Regierung, die ständigen «Kämpfe» innerhalb der Koalition (P. Valentino, *Germania inceppata*, in «Corriere della Sera», 5. August 2024 [PDF](#); so auch I. Bufacchi, *Germania sempre più in crisi: l'auto va giù, il governo stenta*, in «Il Sole 24 Ore», 6. August 2024 [PDF](#)). Noch schärfer und lapidarer ist Paudice in der «HuffPost», wonach sich das Land in der Tat in einer «beispiellosen existenziellen Krise» befinde, die aber nicht nur auf die geopolitischen Zufälle der letzten zwei Jahre zurückzuführen sei, sondern vielmehr das letztendliche Ergebnis der in den letzten zwanzig Jahren angehäuften Fehler sei, «das wahre Ausmaß des Erbes, das die frühere Kanzlerin Angela Merkel hinterlassen hat». Paudice erklärt: «Trotz seines Rufs als umsichtiges Land zahlt Deutschland die Rechnung für eine jahrelange heimtückische Wirtschaftspolitik, die durch fehlende Investitionen, Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und eine

unterfinanzierte, veraltete und vor allem unzureichende Infrastruktur zur Unterstützung seiner riesigen Produktionsstruktur gekennzeichnet war» (C. Paudice, *La Germania, sfiduciata e vulnerabile. «Le prospettive economiche stanno collassando»*, in «HuffPost», 13. August 2024 [PDF](#); si veda anche I. Bufacchi, *Germania, crollano le aspettative degli investitori*, in «Il Sole 24 Ore», 14. August 2024 [PDF](#); F. Ninfolo, *In Germania tracolla lo Zew*, in «Milano Finanza», 14. August 2024 [PDF](#)). Ende April waren zaghafte Anzeichen einer Erholung zu erkennen, wenn auch ohne Begeisterung (M. Gergolet, *La Germania misura timidi segnali di ripresa*, in «Corriere della Sera», 26. April 2024 [PDF](#); F. Tenini, *La rimonta di Francoforte*, in «Milano Finanza», 11. Mai 2024 [PDF](#); I. Bufacchi, *Germania, il peggio è passato ma crescita fiacca per tutto il 2024*, in «Il Sole 24 Ore», 3. Mai [PDF](#)). Die Daten in den folgenden Wochen bestätigten jedoch ein wirtschaftlich angeschlagenes Land, und die allgemeine Verlangsamung in der Eurozone wird zum Teil auch auf die Inflation ihrer größten Wirtschaftsmacht zurückgeführt, der ehemaligen Lokomotive Europas, die nun zu ihrem «Ballast» geworden ist (*Gli Usa mettono il turbo. Ma Francia e Germania zavorrano tutta l'Europa*, in «Libero», 17. April 2024 [PDF](#)). In diesem Sinne argumentiert Luca Orlando in seinem Kommentar zum ISTAT-Jahresbericht über die Wirtschaft, dass das «Epizentrum» des Problems der rückläufigen Exporte Italiens immer noch Deutschland ist, der wichtigste ausländische Absatzmarkt für unsere Industrieproduktion (L. Orlando, *Export al nuovo record ma sul 2024 pesa la frenata di Berlino*, in «Il Sole 24 Ore», 25. April 2024 [PDF](#); L. Orlando, *Germania (e calendario) affondano l'export*, in «Il Sole 24 Ore», 17. Mai 2024 [PDF](#)). Der Vergleich zwischen den beiden Ländern war in diesem Viermonatszeitraum konstant, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass beide Wirtschaftssysteme exportorientiert sind, aber auch darauf, dass sich die italienische Wirtschaft überraschenderweise besser gehalten hat als die deutsche (F. Santelli, *L'Italia cresce oltre le attese e fa meglio di Germania e Francia*, in «la Repubblica», 1. Mai 2024 [PDF](#)). Häufig ist auch der fast fußballerische Gegensatz zwischen Italien und Deutschland, der bisher fast ausschließlich den rechten und Mitte-Rechts-Zeitungen vorbehalten war. «La Stampa» zum Beispiel titelt *Italien schlägt Deutschland* mit der Nachricht von Italiens (wenn auch minimalem) BIP-Wachstum

neben dem leichten weiteren Schrumpfen von Deutschlands (P. Baroni, *Italia batte Germania*, in «La Stampa», 31. Juli 2024 [PDF](#); siehe auch M. Sabella, *Crescita, l'Italia batte la Germania. In tre mesi il PIL sale dello 0,2%*, in «Corriere della Sera», 31. Juli 2024 [PDF](#); F. Pacifico, G. Rosana, *PIL, continua la lenta salita. L'Italia batte la Germania*, in «Il Messaggero», 31. Juli 2024 [PDF](#)). Die rechtsgerichtete Presse, die an ihrer etablierten redaktionellen Linie festhält, die Deutschland als eine Art Feind ansieht, liefert ein ähnliches Narrativ, aber in einem noch unterstützenden Ton und auch mit einer gewissen Schadenfreude, wenn sie die Schwierigkeiten des Landes bei der Erholung kommentiert (hierzu beispielsweise C. Antonelli, *Il PIL dell'Italia tiene. Francia così e così. Il Mediterraneo si prende la rivincita*, in «La Verità», 31. Juli 2024 [PDF](#); A. Barbieri, *L'Italia rallenta ma cresce. Germania in retromarcia*, in «Liberero», 31. Juli 2024 [PDF](#); R. Parietti, *PIL, Italia a un passo dal target dell'1%*, in «il Giornale», 31. Juli 2024 [PDF](#)). Wie auch immer, auf einer allgemeineren Ebene, wenn – wie im vorherigen Abschnitt gesehen – in der Politik eine ‘Italianisierung’ Deutschlands stattfindet, gibt es in der Wirtschaft eine leichte Umkehrung der Rollen zwischen den beiden Ländern. So stellt Rita Querzè nicht ohne Ironie fest, dass die Italiener inzwischen zum Vorbild für die Deutschen geworden sind (R. Querzè, *Straordinari, per i tedeschi il modello adesso è Roma*, in «Corriere della Sera», 16. Mai 2024 [PDF](#)).

Ein weiterer Beleg für die schwierige Erholung Berlins war die Entwicklung der Deutschen Bank, der größten deutschen Bank, die zum ersten Mal seit vier Jahren in die roten Zahlen rutschte (T. Ferrara, *Deutsche Bank finisce in rosso per la prima volta da quattro anni*, in «il Giornale», 25. Juli 2024 [PDF](#)). Mosseri schreibt im «Foglio» in Anlehnung an die Worte des Chefvolkswirts der DZ Bank, Michael Holstein, gegenüber der «Welt»: «Die Frühjahrsbelegung ist bereits vorbei‘ und in den aktuellen Zahlen «ist keine Spur eines Wirtschaftswunders zu erkennen». Das von der Ampel-Koalition geführte Deutschland ist ein ‚gefühlloses‘ Land, das nicht in der Lage ist, sich selbst «den nötigen Ruck» zu geben, um neu zu starten und in seine Rolle als «Lokomotive der europäischen Wirtschaft» zurückzukehren (D. Mosseri, *L'economia di Berlino*, in «Il Foglio», 31. Juli 2024 [PDF](#)). In der rechten Presse herrschen katastrophale Töne vor und Ausdrücke

wie *Die deutsche Lokomotive entgleist* oder *die Produktion stürzt ab* (S. Giraldo, *La locomotiva tedesca deraglia: produzione industriale a picco*, in «La Verità», 6. Juli 2024 [PDF](#); *Germania e Francia a picco*, in «Libero», 6. Juli 2024 [PDF](#)). Negative Töne überwiegen auch in der «Repubblica», wo Filippo Santelli schreibt, dass «die große Kranke Europas sich einfach nicht zu erholen scheint». Angesichts der neuen Schrumpfung der deutschen Wirtschaft hat vor allem die Industrie zu kämpfen, und das, so Santelli, ist eine schlechte Nachricht für die italienische Industrie, die untrennbar mit der deutschen verbunden ist (F. Santelli, *L'industria tedesca non sa guarire*, in «la Repubblica», 25. Juli 2024 [PDF](#)). Im Juli fiel der Zew-Index für das Vertrauen der Anleger in deutsche Unternehmen und die Wirtschaft stärker als erwartet, was Berlin noch tiefer in die Krise stürzte und die Erholung der gesamten Eurozone in weite Ferne rückte (F. Gorla, *Allarme in Germania, crolla la fiducia. Sale il pressing sulla BCE per tagliare i tassi*, in «La Stampa», 14. August 2024 [PDF](#)). Ninfole erklärt in «Milano Finanza», dass der Vertrauensverlust auf die gestiegene politische Unsicherheit (nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und den USA), die geringere Auslandsnachfrage (insbesondere aus China und den USA), die immer noch hohen Zinsen und die restriktive Politik aufgrund der *Schuldenbremse* zurückzuführen ist (F. Ninfole, *In Europa svanisce la ripresa*, in «Milano Finanza», 26. Juli 2024 [PDF](#)). Zahlreiche italienische Analysten und Journalisten beharren auf diesem letzten Punkt. Fabrizio Onida analysiert in der «Sole 24 Ore» eingehend «alle Hindernisse, die Deutschland zurückhalten»: unterdimensionierte öffentliche Investitionen, eine alternde Bevölkerung, hohe Energiekosten, die langsame Digitalisierung der Bürokratie, der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten. All dies führt zu der wirtschaftlichen Schwäche, die den Aufschwung nach der Pandemie und die Mini-Rezession im Jahr 2023 bremst und Deutschland dazu bringt, die niedrigste Wachstumsrate in der Eurozone (0,1 %) zu verzeichnen, wobei Konsum und Investitionen unter dem Niveau vor der Pandemie liegen. Trotz einer im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten gesunden öffentlichen Finanzlage, so Onida, wird das Wachstum der öffentlichen Investitionen bewusst zurückgehalten. Und dies trotz der Empfehlungen führender internationaler Wirtschaftsbeobachter, die die Regierung in Berlin dazu drängen, sich dem

«Wahnsinn» des Abbaus der öffentlichen Schulden hinzugeben (F. Onida, *Tutti i nodi che frenano la Germania*, in «Il Sole 24 Ore», 28. Juli 2024 [PDF](#)). Noch schärfer geht Marco Palombi im «Fatto Quotidiano» mit dem Berliner «Dogma» ins Gericht. Seiner Ansicht nach erlaubt es diese deutsche «Besessenheit» dem Land nicht, die strukturelle Krise, die es durchmacht, substantiell und effektiv zu bewältigen. Außerdem, so fährt Palombi bitter fort, sei die Tatsache, dass Deutschland «weiterhin nach Luft schnappt», «für alle schmerzhaft» (M. Palombi, *Italia e UE crescono (poco) ma c'è il problema Germania*, in «il Fatto Quotidiano», 31. Juli 2024 [PDF](#)). Selbst angesichts der Ablehnung des Haushaltsentwurfs durch Lindner erklärt Palombi, dass der absichtliche deutsche «Selbstmord» angesichts der engen Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften das Risiko birgt, das Wachstum in ganz Europa zu «lähmen», und spricht damit insbesondere diejenigen in Italien an, die sich über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Berlins fast freuen (M. Palombi, *La Germania già in recessione si suicida per 17 mld di deficit*, in «il Fatto Quotidiano», 4. August 2024 [PDF](#)). In diesem Punkt ist die Meinung der italienischen Medien in den letzten Monaten nämlich allmählich einheitlich geworden. Der vorherrschende Gedanke ist, dass die führende Wirtschaft des alten Kontinents zum «Ballast» für die gesamte EU geworden ist und dass Europa ohne die Überwindung der deutschen Strukturkrise nicht wirklich zum Wachstum zurückkehren kann. Malagutti schreibt in «Domani» zum Beispiel, dass Deutschland, «das Hauptopfer der geopolitischen Spannungen, von der Ukraine bis China», ganz Europa nach unten ziehe (V. Malagutti, *Germania, crescita giù. La crisi di Berlino frena l'economia europea*, in «Domani», 31. Juli 2024 [PDF](#)). Wie Mastrobuoni in der «Repubblica» erklärt, könnte das europäische BIP ohne den «deutschen Ballast» um 2% wachsen. (T. Mastrobuoni, *Venti di crisi da USA e Germania. Nell'UE lo spettro della recessione*, in «la Repubblica», 4. August 2024 [PDF](#)).

Gerade die rasende Dynamik, mit der der Haushaltsentwurf Anfang Juli verabschiedet wurde, bot der italienischen Presse eine weitere Gelegenheit, die ganze wirtschaftliche (und politische) Unsicherheit Berlins aufzuzeigen. Die Semaphor-Koalition, so schreibt Paudice in der «HuffPost», rang nach achtzig Stunden Verhandlungen und Drohungen, die Regierung zu stürzen, um eine Einigung über das Manöver. Es war Lindners strikte Linie,

die jeden Rückgriff auf Schulden ausschloss, die sich durchsetzte. Stattdessen litt das deutsche und damit das europäische Wirtschaftswachstum. «Ein großer Schritt für das Überleben der Regierung Scholz, ein Rückschritt für die deutsche Wirtschaft», kommentierte Paudice lapidar und verwies auch auf die klare Ablehnung der deutschen Industriellen, die die Maßnahmen für unzureichend hielten. «In dem Manöver steckt unterm Strich sehr wenig» (C. Paudice, *Approvato il bilancio. Così Scholz salva il governo ma affossa l'economia tedesca*, in «HuffPost», 5. Juli 2024 [PDF](#)). Ähnlich Flaminia Bussotti im «Messaggero». Der Kanzler, so schreibt sie, hat *in extremis* eine Einigung gefunden und «der komatösen Semaphore-Koalition Sauerstoff gegeben» (F. Bussotti, *Effetto guerra sull'economia tedesca. Scholz vara un piano da 100 miliardi*, in «Il Messaggero», 6. Juli 2024 [PDF](#)). Beide versäumten nicht, eine «Verhärtung» des Scholz'schen Vokabulars zu betonen, das vom Versprechen eines «Turbowachstums» zur Förderung von ‚Wachstumsinitiativen‘ übergang. Anschließend kam Isabella Bufacchi in der «Sole 24 Ore» wieder auf die deutschen «kreativen Finanzen» zu sprechen und kommentierte das 8-Milliarden-Loch im Haushaltsentwurf. Ein weiterer der üblichen «Tricks, Kniffe, Mittel», der jedoch laut Rechtsgutachten des Finanzministeriums die Gefahr eines Verfassungsbruchs birgt (I. Bufacchi, *Germania, buco da 8 miliardi nella bozza di bilancio 2025*, in «Il Sole 24 Ore», 3. August 2024 [PDF](#)). Viel bissiger und polemischer ist Paolo Del Debbio, der in «Verità» vom «Hexenwerk der Deutschen» spricht (P. Del Debbio, *Berlino kaputt: la BCE deve temere la recessione, non l'inflazione*, in «La Verità», 4. August 2024 [PDF](#); siehe auch L. Della Pasqua, *Berlino trucca i conti: grosso guaio con l'UE*, in «La Verità», 4. August 2024 [PDF](#)).

Auch in diesen vier Monaten hält sich in der italienischen Presse die Anprangerung eines ausgeprägt deutsch-zentrierten europäischen Entscheidungsprozesses. Viele Journalisten und Analysten weisen darauf hin, dass es immer noch Berlin ist, das trotz seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trotz der Infragestellung seiner Stabilität und Zuverlässigkeit, Brüssel und vor allem Frankfurt Weisungen erteilt oder jedenfalls mehr Gewicht in der EU hat als die anderen. Der Lapidarier Carlo Cambi schreibt, dass diejenige, die in der EZB wirklich das Sagen hat, Isabel Schnabel ist, und dass sie dies mit einem exklusiven

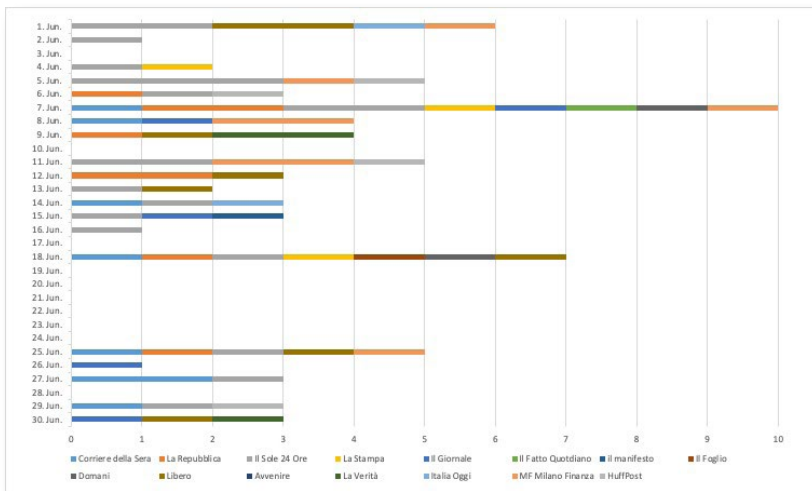
Mandat tut: den Wünschen Deutschlands zu entsprechen (C. Cambi, *Tasso di scontro*, in «Panorama», 29. Mai 2024 [PDF](#)). «Milano Finanza» berichtet, dass die deutschen Daten auch Lagardes Entscheidung beeinflusst haben, keine Zusagen über künftige Zinssätze zu machen, nachdem sie Anfang Juni eine erste Senkung beschlossen hatte (F. Ninfole, *La BCE taglierà meno?*, in «Milano Finanza», 8. Juni 2024 [PDF](#)). Für eine Analyse und Darstellung in diesem Sinne sind vor allem die rechten und Mitte-Rechts-Zeitungen zuständig, die seit jeher das Bild eines deutsch-zentrierten Europas vermitteln und die – wie gesehen – eine gewisse Selbstgefälligkeit an den Tag legen, wenn sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands kommentieren, Italien loben oder es als Opfer einer Doppelmoral darstellen. So schreibt Iacometti, dass trotz der Schwierigkeiten seiner Wirtschaft, trotz seiner Unzuverlässigkeit, die auch durch die im Haushaltsentwurf aufgedeckten Probleme mit der Verfassungsmäßigkeit bewiesen wird, letztlich «das schwarze Schaf in Europa immer wir Italiener sind, trotz der Zahlen». Frankreich und Deutschland, so beklagt er, glauben, nachdem sie zu Hause versagt haben, immer noch das Recht zu haben, über das Schicksal der EU zu entscheiden (S. Iacometti, *Oltre al voto Parigi e Berlino ignorano anche il flop economico. Italia più forte su PIL e mercati*, in «Libero», 30. Juni 2024 [PDF](#); in tal senso si vedano anche P. Del Debbio, *La BCE tifa Berlino sulla nostra pelle*, in «La Verità», 20. Mai 2024 [PDF](#); M. Zaccagni, *Sulla crescita facciamo meglio di Francia e Germania*, in «Libero», 1. Juni 2024 [PDF](#)).

Eine der wenigen exzentrischen Meinungen über die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist die von Marco Cecchini in «Milano Finanza». Seiner Meinung nach sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands «vorübergehend und lösbar» und das deutsche System ist kein blockiertes System, sondern eines, das sich verändert, wenn auch langsam und nicht ohne Schwierigkeiten. «Der Dickhäuter», so sein Fazit, «bewegt sich langsam, aber er bewegt sich» (M. Cecchini, *Problemi temporanei e risolvibili: Berlino non è il malato d'Europa*, in «Milano Finanza», 14. August 2024 [PDF](#)).

Wie sehr sich die italienische Presse in diesen vier Monaten für die deutsche Wirtschaftskrise interessiert hat, lässt sich auch an der Aufmerksamkeit ablesen, die der Kebab-Debatte

gewidmet wurde. Der Vorschlag der Linken, einen politischen Preis für das, was im Grunde zu einem nationalen kulinarischen Symbol geworden ist, festzulegen, hat viele Diskussionen ausgelöst. In den letzten zwei Jahren hat sich der Preis des Döners mehr als verdoppelt, so dass, wie Mara Gergolet im «Corriere della Sera» kommentiert, die Kosten für den Döner zu einem Maßstab für die Berechnung der deutschen Inflation geworden sind (M. Gergolet, *L'idea tedesca (da 4 miliardi): prezzo politico per il kebab*, in «Corriere della Sera», 8. Mai 2024 [PDF](#)). Francesco De Felice schreibt im «Giornale», die Dönerinflation habe Scholz «auf den Grill» geschickt. Viele, so erklärt er, sind nostalgisch für Merkel, weil die Döner damals billig waren (F. De Felice, *Scholz sulla graticola per il costo del kebab. 'Troppo caro, ora servono i sussidi di Stato'*, in «il Giornale», 8. Mai 2024 [PDF](#)).

DEUTSCHE WIRTSCHAFT - ITALIENISCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Juni 2024 und berücksichtigt alle in der italienischen Presse veröffentlichten Artikel über die deutsche Wirtschaft.

Was hingegen die deutsch-italienischen Beziehungen betrifft, so hatte die ‘Vigoni-Vorlesung’ des Bundesbankchefs Joachim Nagel über den digitalen Euro, die von der italienischen Presse als Beweis für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Län-

dern jenseits aller Differenzen dargestellt wurde, eine gewisse Medienresonanz (*Bundesbank e Bankitalia alleate per far partire l'euro digitale*, in «Liberò», 25. Juni 2024 [PDF](#); I. Bufacchi, *L'euro digitale? 'Tutti saranno vincitori'*, in «Il Sole 24 Ore», 25. Juni 2024 [PDF](#); G. Ferrarino, *Euro digitale. Nagel da Panetta*, in «Corriere della Sera», 25. Juni 2024 [PDF](#)).



## UMWELT UND *GREEN ECONOMY*

(DEUTSCHE UND ÖSTERREICHISCHE PRESSE)

Das bei weitem wichtigste und am meisten diskutierte Thema in den letzten vier Monaten auf dem Gebiet der *Green Economy*, das sowohl für Italien, Österreich und Deutschland als auch für die gesamte EU von unmittelbarem Interesse ist, ist der anhaltende Streit zwischen Österreich und Italien über die von Österreich und Tirol verhängten TIR-Transitverbote auf ihrem Abschnitt der Brennerautobahn. Anfang Mai wurde berichtet, dass Italien letztlich allein gegen die Maßnahme Tirols vorgehen muss, d.h. dass es keine von der Europäischen Kommission unterstützte Berufung geben wird (Ph. Neuner, *Italien muss selbst klagen*, in «Kronen Zeitung», 15. Mai 2024 [PDF](#)). Dass das Thema auch auf europäischer Ebene sensibel und spürbar ist, zeigt ein Artikel der österreichischen Tageszeitung «Salzburger Nachrichten», die die Bedenken der EU gegen die Maßnahme zur Einschränkung des TIR-Verkehrs als mögliche Bremse für den freien Warenverkehr in Europa hervorhebt (A. Pfeiffenberger, *Warenverkehr hat Vorrang: EU kritisiert Transitbeschränkungen*, in «Salzburger Nachrichten», 15. Mai 2024 [PDF](#)). Das Thema wird auch in einem Artikel in der «Tiroler Tageszeitung» analysiert, der eine Bilanz der Chancen einer möglichen italienischen Klage vor dem EU-Gerichtshof und anlässlich von Verkehrs- und Wirtschaftsdaten zur Brennerachse zieht (M. Mitterwaucher, *EuGH, übernehmen Sie!*, in «Tiroler Tageszeitung», 15. Mai 2024 [PDF](#)). Das Thema steht auch im Sommer 2024 im Mittelpunkt, und zwar in dem Maße, dass ein Artikel in der österreichischen Zeitung «Die Presse» die verschiedenen Punkte des Transitverbots beleuchtet und erklärt, warum sie Italien oder zumindest einige seiner Politiker stören. So sprach Verkehrsminister Matteo Salvini in Bezug auf

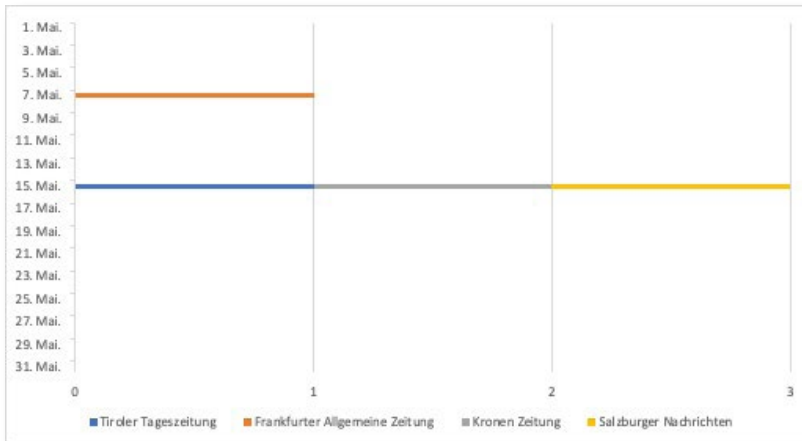
das nächtliche Transitverbot oder das Verbot von Wintersamstagen von 'pseudo-ökologischem Extremismus' (*Transit Rom will bis Ende Juli klagen*, in «Die Presse», 6. Mai 2024 [PDF](#)). Eines der Probleme, die dem Verkehrsgpass auf der Brennerachse zugrunde liegen, ist der Zustand der Lueg-Brücke in Tirol, die demnächst saniert und ab dem 1. Januar 2025 auf eine einzige Fahrbahn beschränkt wird. Dies bedeutet eine zusätzliche Belastung für den Verkehr und die Tiroler Behörden, die sich in einem Zwiespalt zwischen dem Schutz der Anwohner und der Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der wichtigsten Achse zwischen Deutschland und Italien befinden (M. Mitterwaucher, *Lueg, ein dreidimensionales Problem*, in «Tiroler Tageszeitung», 26. Juni 2024 [PDF](#); H. Kuba, *Tausende Menschen vom Transit geplagt*, in «Tiroler Tageszeitung», 29. Juni 2024 [PDF](#)). Mit der bevorstehenden Sanierung der Lueg-Brücke und den damit verbundenen, zusätzlichen Verkehrsbeschränkungen wachsen die Bedenken, insbesondere im Hinblick auf das nächtliche LKW-Verbot, eine der aktuellen Beschränkungen. Nach der Klage Italiens vor dem Europäischen Gerichtshof rümpft nun auch Bayern die Nase über die einspurige Lueg-Brücke und das nächtliche Fahrverbot. Es befürchtet einen völligen Stillstand des Nord-Süd-Verkehrs und schlägt vor, zumindest die (leiseren) Lastwagen der neuesten Generation nachts passieren zu lassen, aber dennoch eine niedrige Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen. (M. Mitterwaucher, *Lkw-Nachtfahrverbot: Druck wächst weiter*, in «Tiroler Tageszeitung», 6. Juli 2024 [PDF](#); P. Nindler, *Es benötigt rasch eine Entzerrung*, in «Tiroler Tageszeitung», 9. Juli 2024 [PDF](#)). Eine interessante Analyse der technischen und wirtschaftlichen Faktoren des Schwerverkehrs auf der Brennerachse zeigt, wie der Versuch, den Verkehr auf die Schiene zu verlagern, weitgehend gescheitert ist (anders als z.B. bei den Schweizer Pässen) und wie nicht einmal die aktuelle Krise und die Beschränkungen das Gleichgewicht in dieser Hinsicht verschoben haben (P. Nindler, *Immer weniger Lkw auf Schiene*, in «Tiroler Tageszeitung», 10. Juli 2024 [PDF](#)). Die Frage des nächtlichen Fahrverbots wird auch von der «Tiroler Tageszeitung» in einem Interview mit dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher angesprochen, der sich wie Italien und Bayern im Hinblick auf die Sanierung der Luegbrücke ebenfalls für eine Aufhebung des nächtlichen

Fahrverbots zumindest für die Dauer der Arbeiten ausspricht (P. Nindler, *Alle müssen sich bewegen. Ich fordere von Tirol gesunden Pragmatismus ein*, in «Tiroler Tageszeitung», 21. Juli 2024 PDF). Wieder ist es die ‚Tiroler Tageszeitung‘, die sich mit allen Fragen rund um das Dauerbrenner-Thema auseinandersetzt, auch mit den häufigen und langwierigen Baustellen südlich des Brenners oder den nächtlichen Unterbrechungen des Bahnverkehrs, und über die meist unterschiedlichen Kommentare der beteiligten Politiker auf beiden Seiten des Passes berichtet (P. Nindler, *Nachtfahrverbot*, in «Tiroler Tageszeitung», 28. Juli 2024 PDF). Schließlich berichtet dieselbe Zeitung, dass aufgrund des nächtlichen Transitverbots immer noch etwa 10% der TIR-Transporte nachts fahren, und zwar legal, d.h. unter Ausnutzung der Vorschriften für Sondertransporte, ein Umstand, der dem Artikel zufolge überprüft oder kontrolliert werden sollte (*250.000 Lkw fahren nachts legal*, in «Tiroler Tageszeitung», 26. August 2024 PDF).

Wir wechseln das Thema und schauen uns die Debatte über die Stagnation des Elektroautos und die Gründe dafür an, die in der italienischen Presse mit Bezug auf den deutschen Markt breitgetreten wird. Wir betrachten die Situation des Elektroautos in Italien, die offensichtlich sehr schwierig ist, mit den daraus resultierenden Schwierigkeiten und Schließungen, sogar des berühmten Mirafiori-Werks (U. Sauer, *Ciao E-Auto!*, in «Süddeutsche Zeitung», 25. Juni 2024 PDF). In einem Artikel in der österreichischen Zeitung «Die Presse» wird dagegen die Absicht der italienischen Regierung diskutiert, sich auf den Bau neuer Kernkraftwerke zu konzentrieren, anstatt auf erneuerbare Energiequellen für die Stromerzeugung, ähnlich wie es in Osteuropa geschieht (M. Auer, *Rom will Atomstrom statt Solarstrom*, in «Die Presse», 18. Juli 2024 PDF). Ein weiteres Problem im Umweltbereich, das durch den *global change* noch verschärft wird und für Italien besonders relevant ist, sind die extremen Hitzewellen und die zunehmende Trockenheit und Wasserknappheit, die in Verbindung mit einer schlechten oder sogar «fehlenden» Bewirtschaftung der Wasserressourcen der Bevölkerung, insbesondere in Süditalien, erheblichen Schaden zufügen (IH, *Dürre durch mangelhaftes Wassermanagement*, in «Salzburger Nachrichten», 20. Juli 2024 PDF; *Dürre-Alarm: Italien geht das Wasser aus – Not-*

*stand*, in «Österreich», 6. August 2024 PDF; *Hitzewelle in Italien: Warnstufe in 17 Städten*, in «Oberösterreichische Nachrichten», 14. August 2024 PDF).

UMWELT UND *GREEN ECONOMY* – DEUTSCHE UND ÖSTERREICHISCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Monat Mai 2024 und berücksichtigt alle Artikel über Umwelt und grüne Wirtschaft in der italienischen Politik, die in der deutschen und österreichischen Presse veröffentlicht wurden.

## UMWELT UND *GREEN ECONOMY*

(ITALIENISCHE PRESSE)

Das zweite Quartal von 2024 beginnt mit einer Rezension eines interessanten Buches von Donato Bendicenti über den Wettlauf um Energie in verschiedenen Gesellschaften auf der ganzen Welt (*‘Scintille’*, Luiss University Press, Roma, 2024). Das Buch befasst sich unter anderem mit den unterschiedlichen Reaktionen der beiden Länder, die am stärksten von Russland abhängig sind, Italien und Deutschland, auf Putins Einmarsch in der Ukraine, zum Beispiel im Hinblick auf ihre jeweilige Haltung zur *Preisobergrenze* bei den Gaspreisen (F. Martini, *La caccia all’energia è un saliscendi di paci, guerre e invenzioni*, in «Huff-Post», 6. Mai 2024 [PDF](#)). Die Perspektiven und Bedürfnisse des europäischen Eisenbahnnetzes, insbesondere in Deutschland und Italien, im Hinblick auf die Entwicklung des Hochgeschwindigkeits- und Güterverkehrs und die Entlastung des Straßenverkehrs wurden in einer Rede des CEO von Ferrovie dello Stato, Luigi Ferraris, auf der *Konferenz Influence, Relevance & Growth* in Mailand vorgestellt (*All’Europa serve l’Alta Velocità. La missione di Ferrovie*, in «formiche», 8. Mai 2024 [PDF](#)). In einem Kommentar im «ExtraTerrestre» wird dagegen der wachsende Widerstand der Bevölkerung verschiedener deutscher Städte gegen die Einrichtung neuer Radwege hervorgehoben, ein Phänomen, das in gewisser Weise das Gegenteil von dem in Italien ist, wo stattdessen die Bürger deren Ausbau fordern, während die Regierung dagegen zu sein scheint (Rotafixa, *Germania, marcia indietro sulle ciclabili*, in «L’ExtraTerrestre», 9. Mai 2024 [PDF](#)). Im Mai 2024 besuchte auch der bayerische Ministerpräsident und mögliche nächste deutsche Ministerpräsidentenkandidat Markus Söder (CDU) Italien, der in seinen bilateralen Gesprächen mit dem

italienischen Ministerpräsidenten die zentrale Rolle Italiens für die europäische, deutsche und bayerische Energieversorgung bekräftigte (*Energia e migranti, cosa ha chiesto Söder a Meloni*, in «formiche», 10. Mai 2024 [PDF](#)).

Die vielleicht wichtigste Frage des zweiten Quartals 2024 im Bereich der *green economy*, mit besonderem Bezug auf Deutschland, ist die nach dem Absatz von Elektroautos durch europäische, vor allem deutsche, amerikanische und chinesische Hersteller. Im Mittelpunkt steht dabei das Dilemma der deutschen Automobilindustrie und erst recht der Elektroautobranche aufgrund der absoluten Bedeutung des chinesischen Marktes für die deutschen Hersteller und andererseits des wachsenden Marktes der chinesischen Hersteller in Europa und den USA, wo zudem kürzlich starke Einfuhrzölle auf chinesische Autos eingeführt wurden, um die amerikanischen Hersteller zu schützen. So schreibt Nicola Borzi im «Fatto Quotidiano», dass gerade Deutschland, die europäische Lokomotive im Automobilsektor, Gefahr läuft, die Entscheidungen der Europäischen Union und damit der anderen europäischen Hersteller aufzuhalten oder zu behindern (N. Borzi, *Auto elettrica, adesso Berlino frena l'Ue: la Cina ha già vinto*, in «il Fatto Quotidiano», 20. Mai 2024 [PDF](#)).

Die Schwierigkeiten, mit denen die Elektroautobranche in Europa und insbesondere in Deutschland konfrontiert ist, lassen sich auch an den jüngsten strategischen Entscheidungen von Volkswagen ablesen, das angekündigt hat, die Forschung im Bereich der Verbrennungsmotoren nicht aufgeben zu wollen, während es den Bau einer zwei Milliarden Euro teuren Fabrik für die Montage von Elektroautos verschiebt (O. Abu Eideh, *Volkswagen ribalta la strategia 'green'*, in «il Fatto Quotidiano», 14. Juni 2024 [PDF](#)). Einer der Faktoren, der die Situation auf dem Markt für Elektroautos kompliziert gemacht hat, insbesondere aus deutscher Sicht, sind die Zölle, die die EU auf chinesische Autos erheben will, da sie Europa, allen voran Deutschland, indirekt schaden könnten, wenn China dasselbe tut. Der deutsche Bundeskanzler Scholz schlug daher eine leichte Erhöhung der Steuern auf chinesische Exporte vor, die weit unter dem Vorschlag der EU liegt, wobei sich China verpflichtete, die gleichen Steuern auf Importe aus Europa anzuwenden (C. Paudice, *Il cancelliere smascherato. Scholz si schiera con la Cina: 'Dazi Ue troppo alti, vanno sgonfiati'*, in «HuffPost», 29.

Juni 2024 [PDF](#); G. Zapponini, *La Germania si gioca l'ultima carta sui dazi alle auto elettriche cinesi. Ecco quale*, in «formiche», 3. Juli 2024 [PDF](#)). Die umstrittenen EU-Zölle auf chinesische Elektroautos treten Anfang Juli 2024 in Kraft, während der Widerstand gegen Deutschlands Bemühungen um eine alternative Lösung anhält. Ein Artikel in ‚Il Sole 24 Ore‘ zeigt jedoch, dass die deutschen Ökonomen in Bezug auf die Zölle geteilter Meinung sind. Die einen halten sie für die richtige Maßnahme, um den enormen chinesischen Subventionen entgegenzuwirken, die anderen fürchten, dass sie einen Handelskrieg mit China auslösen könnten, während die EU gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen will (A. Annichiarico, *Auto cinesi, al via i dazi di Bruxelles. I costruttori tedeschi: «Vanno ripensati»*, in «Il Sole 24 Ore», 4. Juli 2024 [PDF](#)). Eine indirekte Folge der Tarifffrage ist, dass sie die Diskussion darüber neu entfacht hat, was getan werden muss, um den *grünen* Wandel im Automobilssektor in die Praxis umzusetzen, und ein erster Beweis ist die langfristige Notwendigkeit eines strategischen Plans auf der Ebene von Technologie, Infrastruktur und Fähigkeiten (V. Meliciani, D. Zurstrassen, *Più che i dazi sui veicoli elettrici, servono politiche per la transizione green*, in «Il Sole 24 Ore», 13. August 2024 [PDF](#)). Nur wenige Tage nach dem *Streit* um die Zölle trifft die Krise in der Elektroautobranche nun auch einen der größten europäischen Hersteller, Volkswagen, der seine Absatzprognosen revidiert und Einschnitte ankündigt, die bis zu 2.600 Mitarbeiter betreffen könnten (A. Annichiarico, *Auto elettrica al rallentatore: Volkswagen, primi tagli*, in «Il Sole 24 Ore», 11. Juli 2024 [PDF](#)). Ein Teil der Probleme, mit denen der Automobilssektor konfrontiert ist, und der damit verbundenen Risiken ist das Schicksal der Dieselmotoren, die zur Ausmusterung bestimmt zu sein schienen, die aber jetzt, angesichts der Krise der Elektroautos, von vielen Seiten weiter produziert werden sollen, um den Zusammenbruch der mit ihnen verbundenen wichtigen Lieferkette zu vermeiden (A. Annichiarico, *Allarme tedesco sui diesel: «A rischio milioni di auto»*, in «Il Sole 24 Ore», 3. August 2024 [PDF](#)). Die Diskussion über die Angemessenheit und den Umfang der Zölle auf chinesische Elektroautos endete mit der Entscheidung der EU, die geplanten Zölle, wenn auch in geringerem Umfang als geplant, ab dem 31. Oktober 2024 für fünf Jahre anzuwenden, wenn auch mit reichlich Spielraum für eine erneute Diskussion für beide Seiten,

um eine totale wirtschaftliche Konfrontation zu vermeiden (G. Rosana, *Auto elettriche, dazi UE più soft. Ma la Cina accusa: protezionisti*, in «Il Messaggero», 21. August 2024 [PDF](#)). Ende August wurde auch eine europäische Studie veröffentlicht, die zeigt, wie sehr der Markt für Elektroautos in den größeren EU-Ländern von Subventionen abhängt, d.h. wie in Deutschland z.B. die Verkäufe trotz des staatlichen Subventionsprogramms zurückgingen, mit Ausnahme von Großbritannien, wo eine spezielle Unterstützung für Firmenflotten entwickelt wurde (F. Greco, *Auto Ue, bonus inefficaci a promuovere l'elettrico*, in «Il Sole 24 Ore», 31. August 2024 [PDF](#)).

Ein weiteres Thema im Bereich der *green economy*, das die Aufmerksamkeit der italienischen Presse auf sich gezogen hat, ist die jüngste Denuklearisierung Deutschlands bzw. seine konsequenten Bemühungen, die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien auszugleichen. In einem Artikel in «Panorama» wird beispielsweise hervorgehoben, dass Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 2024 Schwierigkeiten hat, die zuvor von Kernkraftwerken erzeugte Energie durch erneuerbare Quellen zu ersetzen, insbesondere wenn ein klimatisches Extrem auftritt (z.B. das Fehlen von Wind oder Sonne) und es mit einer Verbrauchsspitze zusammenfällt (D. Mosseri, *Intanto la Germania denuclearizzata arranca*, in «Panorama», 22. Mai 2024 [PDF](#)). Im Zusammenhang mit dem Umbau des deutschen Energieerzeugungssystems im Hinblick auf mehr Nachhaltigkeit kommt aus Deutschland die Nachricht, dass in Kürze ein geothermisches Kraftwerk in Betrieb genommen wird, das mit innovativen Technologien die in der Tiefe erzeugte Wärme sauber nutzt, was erhebliche Auswirkungen auf Italien hat, das traditionell geothermische Energie für Energiezwecke nutzt (E. Comelli, *Energia, il potenziale enorme del geotermico pulito*, in «Il Sole 24 Ore», 23. Mai 2024 [PDF](#)). Eine weitere saubere Energiequelle, die sowohl für Deutschland als auch für Italien von Interesse ist, ist Wasserstoff. Die Länder und Regionen, die an die Brenner-Linie grenzen, haben eine Vereinbarung unterzeichnet, um das Potenzial von Wasserstoff als Lkw-Kraftstoff im Hinblick auf die Dekarbonisierung der Brenner-Achse zu untersuchen (*Asse del Brennero come corridoio per l'idrogeno: firmata l'intesa*, in «Alto Adige», 12. Juni 2024 [PDF](#)).

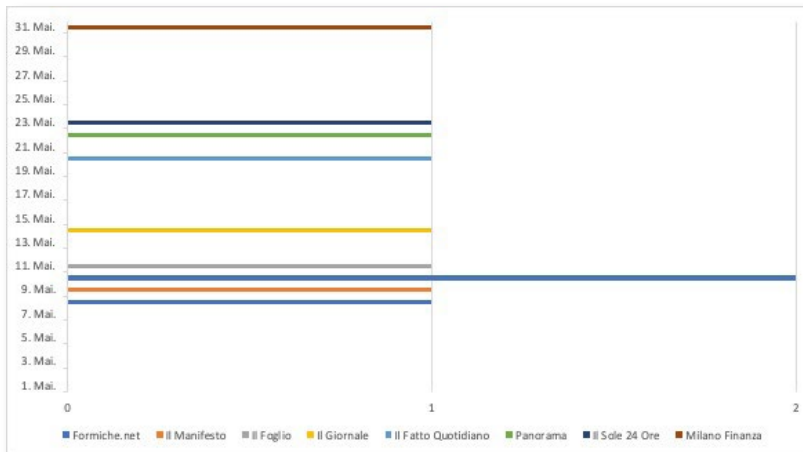
Im Rahmen der Bemühungen, den Übergang herbeizuführen, gibt es einige weniger gute Nachrichten: Es gibt eine

Änderung der Subventionsstrategie für erneuerbare Energien in Deutschland, die bisher über einen Zeitraum von zwanzig Jahren gefördert wurde, mit einer Umstellung auf eine *einmalige* Finanzierung, deren Zweck es wäre, die Kosten und Einnahmen der erneuerbaren Energien enger an die realen Marktentwicklungen zu koppeln, jedoch mit dem Risiko, Investitionen in Wind- und Solarenergie zu entmutigen (S. Giraldo, *La Germania deve fare economia: tagli agli incentivi per le rinnovabili*, in «La Verità», 12. Juli 2024 [PDF](#)). Ebenfalls im Zusammenhang mit dem grünen Wandel, aber im Gegensatz dazu, steht die Nachricht, dass der deutsche Chemieriese Bayer in Pennsylvania, USA, einen großen Prozess gewonnen hat und von den Vorwürfen freigesprochen wurde, die sich auf Schäden durch Glyphosat beziehen. Glyphosat ist die Grundlage des weltweit am häufigsten verwendeten (und umstrittenen) Herbizids, das von Bayer hergestellt wird (L. Merano, *Il diserbante di Bayer assolto in Pennsylvania*, in «Libero», 17. August 2024 [PDF](#)).

Während in Deutschland versucht wird, das Verschwinden der Atomkraftwerke nachhaltig zu lösen, gehen die Proteste gegen die Nutzung fossiler Brennstoffe weiter, zum Beispiel am Frankfurter Flughafen, wo Aktivisten von Last Generation die Start- und Landebahnen blockierten und bis zu 140 Flüge streichen ließen, so dass kurz vor Beginn der Olympischen Spiele in Paris rund 10.000 Menschen festsaßen (*Attivisti di Ultima Generazione invadono le piste dell'aeroporto di Francoforte: 140 voli cancellati*, in «HuffPost», 25. Juli 2024 [PDF](#); V. Savignano, *Blitz degli attivisti, voli fermi a Francoforte*, in «HuffPost», 26. Juli 2024 [PDF](#)). In der Zeitung «Domani» wird das Thema von einer anderen Seite beleuchtet. In einem Artikel werden die Gründe für die Proteste befürwortet, aber die Blockade von Flügen wird als kontraproduktiv bezeichnet, da sie den Konsens, der für jede Protestbewegung von grundlegender Bedeutung ist, außer Acht lässt (G. Pellegrino, *Protestare è giusto. Ma bloccare i voli è controproducente*, in «Domani», 26. Juli 2024 [PDF](#)). Schließlich wird das Thema auch im «Manifesto» und im «Libero» behandelt. Ersterer beschreibt die Reaktionen der deutschen Politiker und den daraus resultierenden Wunsch, die Kontrollen zu verschärfen und die Schutzbarrieren zu verstärken, während letzterer von «Randalierern» spricht, die angeblich deutsche

Flughäfen «angegriffen» haben (S. Canetta, *Ecologisti in pista, bloccato l'aeroporto di Francoforte*, in «il Manifesto», 26. Juli 2024 [PDF](#); D. Mosseri, *Decine di arresti. Teppisti dell'ecologia assaltano gli aeroporti*, in «Liberio», 26. Juli 2024 [PDF](#)). Positive Nachrichten an der Front der Transition: Die Europäische Union hat nach langwierigen Diskussionen endlich das *Naturwiederherstellungsgesetz* gebilligt. Das Gesetz wurde durch die entscheidende Stimme der österreichischen Umweltministerin Leonore Gewessler verabschiedet, die sich überraschend gegen die Linie ihrer eigenen Regierung stellte, die dagegen war. Dies führte zu einer heftigen Kontroverse zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer, der die Stimme seiner Ministerin für ungültig erklärte, und der Betroffenen, die stattdessen von Umweltschützern in ganz Europa für ihren Mut gefeiert wurde (U. Audino, *Ministra coraggio*, in «La Stampa», 19. Juni 2024 [PDF](#)).

#### UMWELT UND GREEN ECONOMY – ITALIENISCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Mai 2024 und berücksichtigt alle in der italienischen Presse veröffentlichten Artikel über Umwelt und grüne Wirtschaft in der deutschen und österreichischen Politik.

KULTUR UND GESELLSCHAFT  
DER FALL SAVIANO, *OVERTOURISM*, OLYMPISCHE SPIELE

(DEUTSCHE PRESSE)

Im kulturellen Bereich erschienen in deutschen Zeitungen zahlreiche Artikel über den Ausschluss von Roberto Saviano von der Liste der Autoren, die Italien auf der Frankfurter *Buchmesse* vertreten werden. Bei der Buchmesse in der deutschen Stadt, die im Oktober stattfindet, wird Italien das Ehrenland der Veranstaltung sein. Die Abwesenheit des bekannten Autors hat die Aufmerksamkeit der deutschen Journalisten auf sich gezogen, da der Schriftsteller eine kritische Haltung gegenüber der italienischen Regierung einnimmt. Der Fall Saviano steht im Zusammenhang mit dem Dilemma vieler italienischer Intellektueller, die nicht «das Feigenblatt» der Regierung Meloni werden wollen und deshalb in den letzten Monaten aus Protest auf die 76. Ausgabe der Veranstaltung verzichtet haben. Saviano wurde später direkt vom Präsidenten der Messe, Jürgen Boos, und von Verbänden der deutschen Verlagswelt eingeladen, nachdem bekannt wurde, dass er nicht in die Liste der italienischen Autoren aufgenommen worden war, die von Mauro Mazza, dem von der Regierung auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannten Sonderbeauftragten, ausgewählt worden war (B. Schönau, *Er gegen sie, sie gegen ihn*, in «Die Zeit», 13. Juni 2024 [PDF](#); F. Polistina, *Bleib doch zu Hause*, in «TAZ. Die Tageszeitung», 22. Juni 2024 [PDF](#); M. Reichwein, *Mit Meloni oder Saviano zur Buchmesse?*, in «Die Welt», 1. Juli 2024 [PDF](#)).

Während der Sommermonate widmet die deutsche Presse den Nachrichten über die Streiks in den Strandbädern und das Problem des Übertourismus großes Interesse. Die Artikel konzentrieren sich auf die möglichen Unannehmlichkeiten für deutsche Reisende, die den Sommer in Italien verbringen

wollen, und betonen auch die ungewissen Aussichten für die nächste Tourismussaison und den nicht passiven Charakter der Krise im Sektor der Strandbäder, die hauptsächlich auf die Ausschreibungen für europäische Betreiber zurückzuführen ist, wie sie in der Bolkestein-Richtlinie vorgesehen sind. Die verzögerte Eröffnung und die immer länger werdenden Streiks im August sind laut Antonio Capacchione, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Sib-Fipe, Teil des Protests gegen die Verantwortungslosigkeit der Regierung: Ohne klare Vorgaben des Palazzo Chigi besteht die Gefahr, dass etwa dreißigtausend noch gültige Konzessionen ohne Entschädigung übergangen werden. Die für Januar 2025 vorgesehene Öffnung der neuen Auktionen für alle europäischen Betreiber und nicht nur für die italienischen ist in der Tat nichts Neues: Die deutsche Presse versäumt es nicht, das Wettbewerbsgesetz der Regierung Draghi mit seinen vielen offenen Anwendungszweifeln zu erwähnen (M. Beise, *Streik am Strand*, in «Süddeutsche Zeitung», 8. August 2024 [PDF](#); C. Schäfer, *Womit keiner rechnet*, in «Die Zeit», 8. August 2024 [PDF](#); M. Rüb, *Sommer, Sonne, Galgenfrist*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 10. August 2024 [PDF](#)).

Auch die deutschen Medien berichten über den (verpassten oder einseitigen) Boxkampf zwischen der italienischen Boxerin Angela Carini und dem Algerier Imane Khelif, ohne der Tatsache jedoch die übertriebene Prominenz zu verleihen, die zur gleichen Zeit die Medien in Italien beherrschte: Carini, die bei den Olympischen Spielen in Paris nach nur 46 Sekunden gegen Khelif aus dem Ring stieg, wird von der ‚Süddeutschen Zeitung‘ in durchweg versöhnlichen Tönen dargestellt, die betonen, dass die italienische Sportlerin dem Medienrummel, den ihre hitzigen Äußerungen auslösten, weitgehend fremd ist. Carinis Schock soll auf das Ende ihres olympischen Traums zurückzuführen sein und nicht auf den weiblichen hyperandrogenen Zustand ihrer Gegnerin, und die ganze Affäre soll das Ergebnis eines Missverständnisses sein, das später von *Hassern* aufgebauscht wurde (M. Beise, *Der Schock*, in «Süddeutsche Zeitung», 2. August 2024 [PDF](#)).

## KULTUR UND GESELLSCHAFT ZENSUR UND ANTISEMITISMUS

(ITALIENISCHE PRESSE)

Im zweiten Quartal 2024 konzentrierte war das Interesse der italienischen Presse an der deutschen Kultur vor allem auf die großen, teilweise verwandten Themen Zensur und Antisemitismus gerichtet.

Anfang Mai veröffentlichte die deutschsprachige Südtiroler Wochenzeitung «ff» ein langes Interview mit dem deutschen Journalisten indisch-pakistanischer Herkunft Hasnain Kazim, ehemaliger Korrespondent des «Spiegel», der an vorderster Front gegen die rassistischen Auswüchse der jüngsten deutschen populistischen Bewegungen kämpft und Opfer von hate speech seitens deutscher *white pride*, aber auch islamischer Fanatiker ist. Bereits nach dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag, zum ersten Mal im Jahr 2017, erhielt der Journalist eine einschüchternde anonyme Nachricht, in der ihm angekündigt wurde, dass von nun an in Deutschland für «solche wie ihn» der einzige Platz der Galgen sein wird, «am Galgen» (A. Werth, *Das wird man doch noch sagen dürfen!*, in «ff – Das Südtiroler Wochenmagazin», 9. Mai 2024 [PDF](#)). Weiter zum Thema Zensur, aber in einem ganz anderen Kontext, kehren wir auf die Seiten von «Libero» zurück: Vito Punzi widmet einen kurzen, aber dichten Artikel der Entdeckung des Originalmanuskripts von *Die Geschwister* in Deutschland im Jahr 2023, das nun auch in einer italienischen Übersetzung veröffentlicht wurde, die auf der vom ostdeutschen Regime nicht zensierten Version basiert, die von Reimann, einem überzeugten Sozialisten, kritisiert wurde (V. Punzi, *L'ultima sconfitta della Germania Est*, in «Libero», 19. Juni 2024 [PDF](#)). Um zur Gegenwart zurückzukehren, wird in «Internationale» das komplexe Thema des politischen Dis-

senses in Bezug auf die israelisch-palästinensische Frage mit der Übersetzung eines Artikels von Daniel Bax vorgestellt, der ursprünglich im «Tageszeitung» erschien und das Klima der angeblichen Repression in Deutschland in Bezug auf das Recht, für die palästinensische Sache zu demonstrieren, anprangert, mit dem Verbot bestimmter Slogans und Symbole und einer Reihe von Einschränkungen auch für den Protest gegen den laufenden Krieg, insbesondere nach der Räumung eines pro-palästinensischen Camps an der Freien Universität in Berlin (D. Bax, *Il diritto al dissenso è in pericolo*, in «Internazionale», 12. Juli 2024 [PDF](#)). Die andere Seite der Medaille tritt in einer Reihe von Artikeln deutlich zutage, die stattdessen die schwerwiegende Diskriminierung jüdischer Gemeinden in Deutschland (und nicht nur in Deutschland) hervorheben: Roberto Giardina zum Beispiel berichtet über die traurige Nachricht von der Schließung der Jüdischen *Literaturhandlung* in Berlin, die sich in der Joachimsthaler Straße befindet. Die Buchhandlung war ein wichtiger Treffpunkt für die Bürger und eine Fundgrube für Literatur über Mitteleuropa und über viele mehr oder weniger bekannte Protagonisten der europäischen Kulturgeschichte, aber die Verdoppelung der antijüdischen Angriffe im letzten Jahr, von denen etwa 1200 als gewalttätig eingestuft wurden, sowie ein Rückgang des Kundenzustroms nach der Pandemie haben die Betreiber zu dieser Entscheidung getrieben, die Teil einer allgemeinen Tendenz ist, in einigen Teilen der Stadt nicht als Juden erkannt werden zu wollen (R. Giardina, *Berlino, libreria ebraica stop*, in «ItaliaOggi», 10. Mai 2024 [PDF](#); si veda anche *Allarme in Germania: l'antisemitismo è cresciuto dell'83%*, in «Avvenire», 26. Juni 2024 [PDF](#)). Episoden wie die der Nazi-Gesänge auf der Insel Sylt, über die sowohl der «Corriere della Sera» als auch das «Giornale» berichteten und die deutlich machen, dass der Schauplatz des Nazi-Rockkonzerts nicht irgendein heruntergekommener Vorort war, sondern ein Ort, der von der konservativen deutschen Bourgeoisie traditionell als schick angesehen wird; Außerdem fand die Episode an einem exklusiven und bekannten Veranstaltungsort statt, der durch das inzwischen untrügliche iPhone verewigt wurde, das die Szene zu einem viralen Ereignis machte. Die Protagonisten waren junge Nachwuchskräfte, die Designer-Poloshirts und geknotete Pullover trugen,

die alle in den sozialen Netzwerken zu sehen waren, die eine Partei wie die AfD geschickt für Propagandazwecke zu nutzen weiß, wie die italienische Presse nicht versäumt hat zu betonen (F. De Felice, *Cori per Hitler, i nazi-vip indignano la Germania*, in «il Giornale», 25. Mai 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *I saluti nazisti dei giovani sull'isola di Sylt, la Capri tedesca*, in «Corriere della Sera», 25. Mai 2024 [PDF](#)). Ende August greift Paolo Mieli die Welle des antijüdischen Hasses wieder auf, indem er seinen Leitartikel einer Reflexion über die jüngsten Gewalttaten und den Fanatismus widmet, von denen die jüngste in Solingen stattfand, der jedoch der versuchte Brandanschlag auf die Synagoge in Grande-Motte in der Camargue vorausging. Vor allem aber fordert er die Leser auf, über den Grad der Gewöhnung nachzudenken, den die Öffentlichkeit erreicht hat, die sich inzwischen daran gewöhnt zu haben scheint, diese Gewalttaten als eine fast 'natürliche' Vergeltung gegen Juden und jüdische Einrichtungen zu betrachten (P. Mieli, *Quegli atti di violenza antisemita*, in «Corriere della Sera», 27. August 2024 [PDF](#)).

Schließlich gab es insbesondere zwischen Ende Juli und Mitte August eine Reihe von Artikeln, die der Figur Franz Kafka gewidmet waren, anlässlich des hundertsten Todestages des Prager Schriftstellers, der sich am 17. Juli des vergangenen Jahrhunderts jährte: von Alfonso Belardinellis Hommage an den «originellsten und typischsten Schriftsteller des gesamten 20. Jahrhunderts» (A. Belardinelli, *Il secolo kafkiano*, in «il venerdì di Repubblica», 26. Juli 2024 [PDF](#)) bis zu Alessandro Pipernos Sonderartikel, der den drei monumentalen Bänden des Biographen Reiner Stach gewidmet ist, die kürzlich in der Übersetzung von Mauro Nervi für Il Saggiatore auf Italienisch erschienen sind (A. Piperno, *Kafka*, in «la Lettura. Corriere della Sera», 11. August 2024 [PDF](#)), über Rezensionen, die sich auf andere neuere Ausgaben oder sogar Neuauflagen von Klassikern des «böhmischen Riesen» konzentrieren, wie den Meridiano von *Un medico di campagna*, herausgegeben von Luca Crescenzi, und *Contemplazione*, übersetzt von Margherita Belardetti (V. Nesi, *Origini (e refusi) dell'esordio del 1912*, in «la Lettura. Corriere della Sera», 11. August 2024 [PDF](#)), oder zusammengesetzte Texte wie *Praga. Guida letteraria alla città di Kafka* von Marino Freschi, wo der Blick des Germanisten Elemente der Geschichte des Geistes

efängt, der die Stadt in der deutschsprachigen böhmischen Hauptstadt «schreibt» (M. Piloni, *A Praga con Kafka*, in «il venerdì di Repubblica», 23. August 2024 [PDF](#)).

# KATHOLISCHE KIRCHE UND DER VATIKAN

(DEUTSCHE PRESSE)

Die linksgerichtete deutsche Presse berichtete, dass der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz Ende April das Statut des umstrittenen Synodalen Ausschusses gebilligt habe. Dieses Gremium sollte den Grundstein für die Einrichtung eines Synodalen Rates legen, der aus den deutschen Bischöfen und Laienvertretern des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) bestehen sollte. Ein solches Konzil hätte jedoch in klarem Konflikt mit der traditionellen hierarchischen Ordnung der Kirche von Rom gestanden. Andererseits hielt die katholische Führung in Deutschland die Einführung eines solchen synodalen Instruments mit einer starken Beteiligung der Laien für unerlässlich, da eine weit verbreitete klerikale Kultur als eine der Hauptursachen für den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen durch Priester angesehen wurde. Das Statut der Synodalkommission hätte bereits im Februar verabschiedet werden sollen, aber eine direkte Intervention des Vatikans blockierte es dann. Im März folgten Gespräche in Rom, um den Konflikt zwischen dem Vatikan und der deutschen Kirche zu überwinden. Die Genehmigung des Statuts der Synodalkommission war vom Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki und drei anderen konservativ orientierten Bischöfen angefochten worden. Dieselben Befürworter des Synodenprozesses glaubten auch, dass der Heilige Stuhl unabhängig von den Entscheidungen der Synodenkommission diese weiterhin «unter seiner Kontrolle» halten würde (B. Krebs, *Unterm römischen Daumen*, in «Junge Welt», 27. April 2024 [PDF](#)). Diese Einschätzung schien sich zwei Monate später zu bestätigen. Es wurde nämlich festgestellt, dass ein Treffen zwischen Vertretern der deutschen Bischofskonferenz und der römischen

Kurie dazu geführt hatte, dass der Begriff ‘Synodenrat’ durch die abgeschwächte Umschreibung ‘möglicher nationaler Synodenausschuss’ ersetzt wurde. Die römischen Behörden hatten auch dafür gesorgt, dass dieses künftige Gremium der Bischofskonferenz weder übergeordnet noch gleichrangig war. Die Zusammensetzung der deutschen Delegation war selbst Gegenstand von Verhandlungen gewesen. Die römischen Behörden wollten, dass dieser Delegation Vertreter der bischöflichen Minderheitsfraktion angehören, die gegen den Synodalweg war und von Kardinal Woelki angeführt wurde, während die Mehrheit des Episkopats auf die Anwesenheit von Delegierten aus dem ZdK drängte. Schließlich wurde eine Lösung gefunden, indem man die Forderungen beider Seiten fallen ließ und eine Delegation entsandte, die nur aus den Bischöfen des Mehrheitsblocks bestand (D. Deckers, *Vatikan und deutsche Bischöfe entschärfen ihren Streit*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 1. Juli 2024 [PDF](#)). Kardinal Woelki war im deutschen Episkopat in der Minderheit, und es fiel auf, dass er auch in seinem eigenen Erzbistum Köln relativ unpopulär war. Eine Ende Juli ausführlich analysierte Nachricht war in dieser Hinsicht aufschlussreich. Domradio, ein im Jahr 2000 eröffneter Radiosender der Diözese, hatte sich in der Tat durch sehr offene Kritik an seinem Erzbischof ausgezeichnet, insbesondere in Bezug auf seine Position in Bezug auf den Synodalweg. Die organisatorische Umstrukturierung des Radiosenders, nach der die Kontrolle der Diözesankurie über den Sender gestärkt wurde und ein Journalist, der dem Kardinal besonders kritisch gegenüberstand, zurücktrat, schien also kein Zufall zu sein (A. Zoch, *Schwarzer Rauch über dem Domradio*, in «Süddeutsche Zeitung», 26. Juli 2024 [PDF](#)).

Wenige Tage nach dem Treffen zwischen der Kommission der deutschen Bischöfe und Vertretern der römischen Kurie wurde bekannt, dass das Sekretariat der Bischofssynode ein *Instrumentum laboris* zur Vorbereitung der Ordentlichen Generalversammlung derselben Synode, die vom 2. bis 27. Oktober 2024 in Rom stattfindet, veröffentlicht hat. Das Dokument trug den Titel *How to be a Missionary Synodal Church*. Mit dieser Versammlung würde der von Papst Franziskus im Oktober 2021 eingeleitete universelle synodale Prozess zu Ende gehen. Es wurde festgestellt, dass das *Instrumentum laboris* absichtlich

mehrere kontroverse Themen nicht erwähnt hat. Es wurde sogar vermutet, dass Papst Franziskus absichtlich eine Begrenzung und Verwässerung dieser Themen wollte, deren Prüfung stattdessen Studiengruppen anvertraut wurde. Die Ernennung von Felix Genn, Bischof von Münster, zum Koordinator der Studiengruppe zu „bestimmten Aspekten der Gestalt und des Amtes des Bischofs“ erschien bedeutsam. In der Tat wurde diese Ernennung als Zeichen der Entspannung zwischen Rom und Deutschland gewertet, nach den erbitterten Konflikten, die durch den deutschen Synodalweg ausgelöst worden waren (M. Rüb, *Streitthemen werden ausgeklammert*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 11. Juli 2024 [PDF](#)). Die Bischofssynode wurde von dem Theologen Gregor Maria Hoff, Professor an der Universität Salzburg, in den Kontext der Nachfolge von Papst Franziskus eingeordnet. Der Gelehrte glaubte, dass die kontroversen Themen, die während des Synodenprozesses aufgeworfen wurden, nicht aufhören würden, wieder aufzutauchen, dass aber andererseits auch die konservativen Forderungen nicht aussterben würden. Der Nachfolger von Franziskus müsse daher einen Weg finden, die gegensätzlichen Antriebe in Einklang zu bringen. Was die Frage betrifft, woher er kommen würde, so glaubte Hoff, dass er von einem der Kontinente kommen könnte, die noch nie einen Pontifex gestellt haben, also Afrika, Asien oder Ozeanien (G.M. Hoff, *Was kommt nach Franziskus?*, in «Christ&Welt», 20. Juni 2024 [PDF](#)). Eine weibliche Päpstin, d.h. eine konkrete Umsetzung der mythologischen Päpstin Johanna, der im Rahmen einer ironischen Diskussion über geschlechtergerechte Sprache eine Kolumne gewidmet wurde, könnte man zumindest ausschließen (SZ, *Das Streiflicht* [glossa sul termine *Päpstin*], in «Süddeutsche Zeitung», 20. August 2024 [PDF](#)). Auf jeden Fall schien die Nachfolge von Papst Franziskus keine unmittelbare Sorge zu sein, denn Ende August zeigte sich der Pontifex fröhlich und gut gelaunt (*Der Papst herzt, scherzt und mahnt*, in «Bild», 22. August 2024 [PDF](#)).

Der Katholikentag, der vom 29. Mai bis 2. Juni in Erfurt stattfand, bot Gelegenheit für diametral entgegengesetzte Einschätzungen zum Zustand der deutschen Kirche. Auf der konservativen Seite fiel es leicht, sich über die säkularistischen Impulse der Katholiken in Deutschland lustig zu machen, die

ihre Kirche in eine Art große NGO verwandeln wollten. Man stellte fest, dass das ZdK nicht repräsentativ für die Gläubigen war, die jeden Sonntag zur Messe gingen, sondern von einer Bürokratie von Laien dominiert wurde, die beruflich in den Diözesanverwaltungen tätig waren. Man prangerte an, dass die religiöse Dimension in den Hintergrund getreten sei und der christliche Gott durch einen 'Gott der Ausschüsse' ersetzt worden sei (V. Resing, *Der Gott der Gremien*, in «Cicero», 28. Juni 2024 [PDF](#)). Auf der liberalen Seite erschien die Veranstaltung der deutschen Katholiken stattdessen als ein Mittelweg zwischen einem «Fest des Glaubens» und einer «Selbsthilfegruppe» im Kontext einer Kirche, die nicht in der Lage war, angemessene Antworten auf die Herausforderungen der Zeit zu geben. Man war daher der Ansicht, dass der zunehmende Austritt deutscher Gläubiger aus der katholischen Kirche auf die fehlende Zulassung des Frauenpriestertums oder die Ablehnung gegenüber der LGBTQ+-Welt zurückzuführen sei (B. Lassiwe, *Deutscher Katholikentag: Zwischen Glaubensfest und Selbsthilfegruppe*, in «Tagespiegel», 9. Mai 2024 [PDF](#)).

Im Mai besuchte Markus Söder Papst Franziskus. Der bayerische Ministerpräsident versicherte dem Papst, dass Deutschland nicht mit der Ablösung von Staatsleistungen fortfahren werde. Der bayerische Politiker bezog sich dabei auf die Entschädigungen, die die verschiedenen deutschen Bundesländer an die katholische und evangelische Kirche als Ausgleich für die Säkularisierung des Kirchenbesitzes im frühen 19. Jahrhundert. Die Verpfändung dieser Leistungen ist im deutschen Grundgesetz vorgesehen, doch wurde die Vorschrift nie umgesetzt. Die finanziellen Zuwendungen des Staates an die katholische Kirche belaufen sich jährlich auf mehr als 600 Millionen Euro. Die von Olaf Scholz geführte Bundesregierung wäre an einer Beendigung dieser jährlichen Zahlungen interessiert gewesen. In Bezug auf die katholische Kirche sah das immer noch gültige Konkordat von 1933 jedoch vor, dass eine Freigabe erst erfolgen konnte, nachdem sich die Parteien auf einen «angemessenen Ausgleich» geeinigt hatten. Im Hinblick auf alle Kirchen wurde geschätzt, dass sich dieser Ausgleich auf bis zu 11 Milliarden Euro belaufen könnte. Einige Beobachter glaubten, Söder habe dem Papst nur versichern wollen, dass die Leistungen beibehalten

würden, um Zeit zu gewinnen und darauf zu warten, dass die katholische Kirche in der Zwischenzeit weiter Gläubige verliert. Auf diese Weise wäre es angesichts eines geschwächten Gegenübers möglich gewesen, sich auf eine geringere Entschädigung aus deutschen Mitteln zu einigen. Es wurde festgestellt, dass die Antwort von Papst Franziskus auf die zweifelhafte Zusicherung Söders nicht bekannt war (R. Löbbert, *Söder, der Papst und das Geld*, in «Christ&Welt», 16. Mai 2024 [PDF](#)).

Das Thema der finanziellen Ressourcen der katholischen Kirche wurde Ende Juli in einem langen Interview mit Jean-Baptiste de Franssu, dem Präsidenten des Istituto per le Opere di Religione (IOR), angesprochen. Der französische Bankier wies darauf hin, dass das IOR heute ganz anders sei als das IOR der vergangenen Jahrzehnte, das von zahllosen Skandalen heimgesucht wurde. Er betonte die Notwendigkeit, dass die Kirche ihre Ressourcen professioneller, aber auch christlicher investieren muss. Die Kriterien «Environmental, Social and Governance», die üblicherweise von weltlichen Finanzinstituten befolgt werden, könnten für katholische Organisationen nicht ausreichen, da sie nicht mit allen Grundsätzen der Soziallehre der Kirche übereinstimmen. Franssu erläuterte zum Beispiel, wie das IOR sich weigerte, in Microsoft-Aktien zu investieren, da die Produkte dieses Unternehmens auch in der Kriegsindustrie verwendet wurden (C. Schubert, *Die katholische Kirche investiert nicht christlich genug*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 30. Juli 2024 [PDF](#)). Während sich das IOR jedoch als Vorbild für ethische Finanzen präsentierte, machte die Vereinigung der Laienmitarbeiter des Vatikans Ende August auf eine ganz andere Realität aufmerksam. Die deutsche Presse berichtete, dass diese Vereinigung einen feurigen Brief an die vatikanischen Behörden geschrieben hatte, in dem sie Privatisierungen, Outsourcing, intransparente Budgets, Erhöhungen der Wohnungsmieten und andere Praktiken anprangerte, die ihrer Meinung nach wenig mit dem christlichen Gerechtigkeitssinn übereinstimmen (Katholische Nachrichten-Agentur, *Vatikanangestellte verärgert*, in «Süddeutsche Zeitung», 23. August 2024 [PDF](#)).

Im Juni nahm Papst Franziskus am G7-Gipfel teil, der in Apulien in Borgo Egnazia stattfand. Dies führte zu einer Reflexion über den Stand der Beziehungen zwischen dem Ponti-

fex und der aktuellen italienischen Regierung. Während es in der Frage der Migration eine klare Divergenz gab, glaubte man, dass Meloni dem Papst ein ‘Geschenk’ machen wollte, indem sie verhinderte, dass das Recht auf Abtreibung in der Abschlusserklärung des Gipfels erwähnt wurde. Man glaubte auch, dass die Ernennung des Franziskanerpaters Paolo Benanti zum Vorsitzenden der von der italienischen Regierung eingesetzten Kommission für künstliche Intelligenz ein Zeichen der Nähe zwischen dem Vatikan und dem Palazzo Chigi war (M. Rüb, *Melonis Geschenk für den Papst*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 15. Juni 2024 [PDF](#)). Ende August kam es jedoch zu einem Zwischenfall, der die anhaltende Distanz zwischen Meloni und Papst Franziskus deutlich machte. Das Schiff Mare Ionio war nämlich gerade von Trapani aus in Richtung zentrales Mittelmeer aufgebrochen, um schiffbrüchige Migranten zu bergen. Die Besatzung war entschlossen, die Geretteten im nächstgelegenen Hafen an Land zu bringen, ungeachtet aller Anweisungen der italienischen Behörden, in weiter entfernten Häfen an Land zu gehen. Diese direkte Herausforderung an die Migrationspolitik der Regierung Meloni wurde von einem Schiff gestartet, das von Papst Franziskus gesegnet worden war und von der italienischen Bischofskonferenz über die Stiftung Migrantes unterstützt wurde. Ein vatikanischer Geistlicher und ein Journalist waren ebenfalls an Bord (M. Rüb, *Auf Kollisionskurs*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 26. August 2024 [PDF](#)). Ein solches Engagement der katholischen Kirche bei der Seenotrettung steht zudem im Einklang mit den ständig wiederholten Positionen von Papst Franziskus. Der deutschen Presse entgingen nicht die herzlichen Worte des Papstes, die er Ende August noch einmal wiederholte, über die Notwendigkeit, sichere Routen für Migranten zu gewährleisten und die Grenzen nicht zu militarisieren (Agence France-Presse, *Papst für sichere Fluchtrouten*, in «TAZ. Die Tageszeitung», 29. August 2024 [PDF](#)).